Nummer 565

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspeditionen und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 5 gespaltene Zeile 2.00 Mk. Reklamezeile 6 Mk.
Alle besonderen Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kursozettel, Zinsschein-Kalender, Deutsche Lebensversi.-Gesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Reklamen, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Ueberschriften
Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal
Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Donnerstag, 11. Dezember 1919 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Hauptmann v. Kessel verhaftet.

Berlin, 10. Dezember.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I teilt mit, daß der Untersuchungsrichter beim Landgericht I auftragsgemäß gegen den Polizeihauptmann v. Kessel einen Haftbefehl wegen Meineids, Urkundenfälschung und Herausforderung zum Zweikampf erlassen hat, und daß Hauptmann v. Kessel heute in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert ist.

•

Berlin, 10. Dezember.

Wie wir hören, ist, noch bevor der Staatsanwalt den Haftbefehl gegen den Hauptmann von Kessel erließ, auf Anordnung des Preußischen Ministers des Innern der Hauptmann von Kessel seiner Dienstgeschäfte enthoben worden.

Helfferich und der Untersuchungsausschuß.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung beschäftigte sich in seiner gestrigen Gesamtsitzung mit dem Einspruch des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich gegen die über ihn verhängten Strafen. Berichterstatter ist der Abg. Dr. Spahn. Gegenberichterstatter Dr. Landsberg. An die Referate der beiden Berichterstatter knüpfte sich eine ausgedehnte Debatte, die jedoch noch nicht abgeschlossen wurde.

Finanzielle Beiräte für die deutschen Auslandsvertretungen.

Kürzlich ging die Nachricht durch die Presse, daß die Regierung sich mit der Absicht trage, einigen deutschen Auslandsvertretungen, so denjenigen in Bern, im Haag und in Helsingfors, Finanzsachverständige als Sonderdelegierte beizugeben. Wie wir zuverlässig erfahren, haben dieser Tage im Auswärtigen Amt Besprechungen mit dem badischen Finanzminister, Exzellenz Rheinboldt, stattgefunden, der für den Berner Posten in Aussicht genommen war. Die Verhandlungen konnten bisher noch nicht abgeschlossen werden, da die Reichsregierung sich über die Einzelheiten des Ausbaues und der Dotation der in Frage stehenden Posten noch nicht schlüssig geworden ist.

Der Mittellandkanal.

Der Magistrat Berlin veranstaltete gestern nachmittag im Stadtverordneten-Sitzungssaale des Berliner Rathauses eine Besprechung über die Linienführung des Mittellandkanals, in der Prof. Franzius von der Technischen Hochschule in Hannover einen Vortrag über die Linienführung des Kanals hielt. Die Versammlung nahm folgende Entschließung an:

„Die am 10. Dezember 1919 im Berliner Rathause tagende Versammlung der Gemeindebehörden und kaufmännischen Körperschaften Berlins und aller Nachbarstädte, sowie der Städte Potsdam, Brandenburg und Magdeburg spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der preußischen Landesversammlung eine Vorlage für die Verlängerung des Mittellandkanals noch immer nicht zugegangen ist. Sie erblickt in den Bestrebungen von Interessentenkreisen, welche eine Verschiebung der Kanallinie nach Süden hin bezwecken, eine Gefährdung für die baldige Ausführung dieser für das deutsche Vaterland so wichtigen Wasserstraße. Entgegen solchen, ihres Erachtens bedenklichen Bestrebungen hält die Versammlung es für dringend geboten, ihrer sachverständigen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Südlinie den Gesamtinteressen des Landes nicht entspricht, da sie dem gewaltigen Warenaustausch zwischen dem Osten und Westen, der sich nach Vollendung des Mittellandkanals auf dieser Wasserstraße entwickeln wird, zu weite, Zeit und Kosten verschwendende Umwege und zu große Höhenüberwindung auferlegt. Demgegenüber kann nach der festen Überzeugung der Versammlung dem Gesamtverkehr und den Gesamtinteressen des Landes im allgemeinen, wie dem Durchgangsverkehr nach und von Groß-Berlin im besonderen einzig und allein eine nördliche Kanallinie mit möglichst kurzer und geradliniger Linienführung dienlich sein, die wenige Schleusen und eine lange niedrige Scheitelhaltung aufweist.

Die Versammlung erklärt sich daher mit allem Nachdruck gegen eine Wahl der überwiegend nur lokalen Interessen dienenden Südlinie, welcher sie als den Lebensnotwendigkeiten der von ihr vertretenen Kreise zuwiderlaufend ihre Unterstützung versagen muß, und richtet an die Staatsregierung die dringende Bitte, nur eine der nördlichen Kanallinien zur Ausführung zu bringen, für die sie die von Herrn Professor Franzius bearbeitete Mittellinie empfiehlt."

Noske und der Fall Sklarz.

Berlin, 10. Dezember.

Eine Korrespondenz verbreitet einen Bericht über eine Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung, in der über den „Fall Sklarz" verhandelt worden ist. Diesem Bericht zufolge soll der Reichswehrminister Noske im Gegensatz zu Scheidemann entschieden von Sklarz abgerückt sein". Diese Darstellung ist unrichtig. Der Reichswehrminister hat in der Fraktionssitzung zunächst mitgeteilt, daß er das ihm zur Verfügung stehende Material sofort dem Staatsanwalt zugängig gemacht habe. Er hat alsdann den Vorwurf erhoben, daß Personen, die monatelang der Meinung gewesen seien, schwerbelastendes Material in Händen zu haben, nicht rechtzeitig Anzeige erstattet hätten. Mit diesen Personen sind der Abgeordnete Davidsohn und der frühere Angestellte von Noske und Sklarz, der Redakteur und Geschäftsführer Baumeister, gemeint.

Zur Vorgeschichte der jüngsten Entente-Note.

Die Einwirkung der Washingtoner Nachrichten.

Von Hamburg, 10. Dezember.

Eigener Drahtbericht.

Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird gemeldet: Über die Vorgänge, die sich in der Sonnabend-Sitzung des Obersten Rates der Alliierten abspielten, wird strengstes Stillschweigen gewahrt. Selbst die amerikanischen Pressevertreter, die sonst von den Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation über alle Beratungen genau unterrichtet wurden, mußten sich diesmal mit Andeutungen begnügen. Mit einiger Sicherheit lassen sich aber die Vorgänge wie folgt darstellen:

Am Freitag hat Clemenceau die amerikanische Delegation zu überzeugen vermocht, daß sie fest zu den Alliierten stehen müßte, wenn nicht das ganze Versailler Friedenswerk auseinander fallen solle. Und das könnten doch die Amerikaner nicht wünschen, da sie damit Wilsons Werk den Todesstreich versetzen würden. Da gleichzeitig Meldungen aus Washington eingetroffen waren, Wilson habe Vorbehalte des Senates angenommen, und Clemenceau seinerseits erklärte, Frankreich werde ihnen zustimmen, so glaubte der Führer der amerikanischen Delegation Polk dem Ultimatum an Deutschland zustimmen zu können. In diesem Sinne wurde nach Washington getabelt.

Am Sonnabend morgen trafen aus Washington zwei weitere wichtige Nachrichten ein. Erstens, daß Wilson unheilbar krank sei, und daß der Senat eine Feststellung herbeiführen will, ob Wilson lustfähig sein werde, die Staatsgeschäfte weiter zu führen. Zweitens, daß das Repräsentanten-Haus alten Bestrebungen hinsichtlich des Friedens ein Ende machen werde, indem die republikanische Partei den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklären werde. Diese Nachrichten mußte Polk am Sonnabend dem Obersten Rat der Alliierten mitteilen, wodurch eine vollständig neue Lage geschaffen war. Die Marschälle Foch und Wilson wurden gebeten, das Sitzungszimmer zu verlassen. Die bereits beschlossene Note an Deutschland wurde abgeändert. Der neuen Note wurde der Charakter eines Ultimatums genommen und formale Zugeständnisse hinsichtlich des Schlußsatzes des Protokolles gemacht.

Milderungen für Deutschland?

Bern, 9. Dezember.

Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera" glaubt feststellen zu können, daß sich der Oberste Rat über die Gefahr klar sei, die deutschen Reaktionäre durch allzu straffes Spannen des Bogens zu begünstigen. Der Rat sei daher zu Milderungen geneigt. Pariser und Londoner Drahtungen des „Secolo" lassen den Gegensatz der französischen und der englischen Auffassung über das Ultimatum an Deutschland erkennen.

Die nächste Sitzung des Obersten Rates.

Paris, 10. Dezember.

Havasmeldung.

Der Oberste Rat ist heute nicht zusammengetreten, und er wird während der Abwesenheit Clemenceaus keine Sitzungen abhalten. Die nächste Sitzung, in der wahrscheinlich Rennner angehört werden wird, findet nächsten Montag statt.

Clemenceaus Reise nach London.

Paris, 10. Dezember.

Havasmeldung.

Der englische Delegierte bei der Friedenskonferenz Bremse wird Clemenceau auf seiner Reise nach London begleiten.

Unzufriedenheit der französischen Presse.

Haag, 10. Dezember.

Private Pariser Meldungen besagen, daß die französische Presse mit der letzten Note der Entente unzufrieden ist und bedauert, daß statt eines scharfen Ultimatums wieder viel Nachgiebigkeit gezeigt worden ist. Die hiesige Auffassung geht dahin, daß die Note einen ausgesprochenen Sieg der gemäßigten Clemente über die Fochpolitik bedeutet, daß sie den deutschen Einwänden bedeutend entgegenkommt und Deutschland das Unterzeichnen nun relativ leicht macht.

Für die Wiederherstellung Europas.

Bern, 9. Dezember.

Der römische Gewährsmann des „Secolo" macht für die heutigen Schwierigkeiten den Versailler Frieden und die Lockerung des Vierverbandes verantwortlich. Die Rettung könne nur durch eine territoriale Wiederherstellung Europas auf Grund des Nationalitätenprinzips sowie durch Beseitigung jeder Gewaltherrschaft, durch Abrüstung und Völkerbund erfolgen. Statt der Regierungen müßten die Völker auf diesem Wege vorangehen.

Ungarn wird lieber kämpfend untergehen.

ITB Budapest, 10. Dezember.

Der Präsident der ungarischen Friedensdelegation, Graf Albert Apponyi, erklärte Sonntag in seiner Programmrede als Kandidat der Nationalversammlung, daß Ungarn die jetzt bekannt gewordenen Bedingungen der Entente niemals unterzeichnen wird. Die Annahme dieses Friedens würde mit dem völligen wirtschaftlichen Ruin und nationalen Untergang Ungarns gleichbedeutend sein. Er halte es für ausgeschlossen, daß eine Nation ihr eigenes Todesurteil unterschreiben soll. Ungarn wird lieber kämpfend untergehen, als in Schmach, Schande und Verelendung weiterleben.

Französische Uebergriffe.

Saarbrücken, 10. Dezember.

Die Franzosen haben Dienstag früh den Landrat Polizeidirektor v. Halfen und den Regierungsassessor v. Salmuth verhaftet und sie über das rechte Rheinufer abgeschoben. Den beiden Beamten wurden nur 2½ Stunden Zeit zur Ordnung der persönlichen Angelegenheiten gelassen.

Die Kämpfe an der Narwafront.

TU Reval, 10. Dezember.

Über die Kämpfe an der estnisch-bolschewistischen Front wird neuerlich berichtet: An der Narwa-Front gelang es den Bolschewisten, in der Nacht zum 7. Dezember 20 Kilometer südwestlich von Narwa über den estnischen Grenzfluß Narowa vorzudringen. Sie wurden aber am Tage darauf zurückgetrieben. Hierbei eroberten die Esten 11 Maschinengewehre. Ein Geschütz der Bolschewisten brach im Eise ein und versank. Am Finnischen Meerbusen eröffneten die Bolschewisten am frühen Morgen nach starkem Trommelfeuer die estnischen Stellungen zu Rünnen. Aufeinanderfolgende Ketten, die gehnmal die estnischen Stellungen zu erreichen versuchten, wurden teils niedergemacht, teils zurückgeworfen. Die Verluste der Bolschewisten waren sehr groß. Nach Auslagen Gefangener war den Truppen Befehl erteilt worden, am 8. Dezember Narwa zu erobern. Am gleichen Tage versuchten die Bolschewisten, die Narowa, südwestlich von Narwa, zu erreichen, wurden jedoch zurückgetrieben.

Die Konferenz in Dorpat.

TU Reval, 10. Dezember.

An der Friedenskonferenz in Dorpat nehmen bisher nur Vertreter Estlands und Rätesrußlands teil. Die lettische Delegation kehrte am 9. Dezember nach Riga zurück. Die litauische Delegation ist noch nicht eingetroffen. Seitens der Konferenz wurde die Frage der Anerkennung der staatlichen Selbständigkeit Estlands als wichtigster Punkt anerkannt. Entsprechende Vorschläge wurden durch beide Delegationen eingereicht und einem Ausschuß zur einheitlichen Ausarbeitung überwiesen. In der dritten Sitzung dieser estnisch-russischen Delegation wurden die Bürgschaften für eine Beendigung des Krieges besprochen. Die estnische Abordnung reichte einen Vorschlag über die zeitweilige Regelung der Grenzen Estlands ein, dessen Besprechung in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen worden ist.

Kleine Nachrichten.

Vom 1. Januar 1920 ab wird der seinerzeit durch den Arbeiter- und Soldatenrat abgeschaffte Religionsunterricht in den Schulen Hamburgs wahlfrei für Lehrer und Schüler wieder eingeführt.

•

Die Hessische Volkskammer nahm den dringlichen Antrag von fünf weiblichen Abgeordneten an, die Regierung zu ersuchen, auch in Hessen mit allen Mitteln die Hilfsaktion für österreichische Kinder zu fördern und besonders dahin zu wirken, daß auch auf dem Lande möglichst viele solcher Kinder untergebracht werden.

•

Die Brüsseler Zeitungen melden, daß die Grenzen gegen Holland und Deutschland gesperrt sind.

•

Die sozialistische Partei der italienischen Kammer hat den Antrag eingebracht, die Regierung Sowjetrußlands anzuerkennen und die Beziehungen mit ihr aufzunehmen.

•

Die abgeänderten Voranschläge für das englische Heer setzen eine Herabsetzung der Heeresstärke ab 31. März 1920 auf 400 000 Mann vor, von denen ein Teil noch demobilisiert wird.

•

Nach einer Privatmeldung des „Petit Parisien" aus Washington hat das chinesische Parlament dem amerikanischen Senat telegraphisch seinen Dank für die in der Schantungfrage angenommenen Vorbehalte ausgesprochen.

Ein Anschlag auf die deutsche Presse.

Die Inseratensteuer.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Umsatzsteuergesetz beschäftigt sich in diesen Tagen mit der Inseratensteuer. Die Verhängung dieser Steuer, für die sich leider im Ausschuß eine Mehrheit gefunden hat, bedeutet ein Ausnahmegesetz. Die Zeitungen sind also nicht nur, wie jedes Geschäftsunternehmen, den Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes unterworfen, sondern es wird für sie noch eine besondere Fessel geschmiedet. Unter den zahllosen Spielarten der wirtschaftlichen Betriebe ist das Zeitungswesen für würdig befunden, eine Ausnahmelast auf den Rücken gepackt zu kriegen, eine Last, unter der es zusammenbrechen muß. Ganz abgesehen von der sozialpolitisch verwerflichen und steuerpolitisch unbegründeten Verhängung dieses wirtschaftlichen Ausnahmezustandes über die deutsche Presse, muß die exorbitante, nur aus laienhaftester Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse erklärliche Höhe dieser Steuer verblüffen. Je nach der im Verhältnis zum redaktionellen Teil der Zeitung bemessenen Ausdehnung des Inseratenteils steigt die Steuer bis zu neunundvierzig Prozent der Einnahme. Die neue Inseratensteuer nimmt der Mehrheit der deutschen Blätter die Existenzmöglichkeit. Auch der Nichtfachmann weiß, daß der Inseratenteil die Hilfsquelle der Zeitung ist, aus der die Mittel zu besonderen Aufwendungen geschöpft werden. Wird die Quelle verstopft, so ist die Zeitung zu Grunde gerichtet. Diesem einfachen, jedem vernünftigen Menschen einleuchtenden Gedankengange haben sich die Gesetzgeber und die, die sich mit dem Gesetz zu befreunden vermochten, verschlossen. Ihnen seien die folgenden Zeilen ins Stammbuch geschrieben.

Die erste Frage: Welcher Überlegung entnimmt der Gesetzgeber die wirtschaftliche Begründung des Gesetzes? Es dürfte den verantwortlichen Herren ebenso gut wie jedem, der auch nur einmal eine ganz oberflächliche Bekanntschaft mit einem Zeitungsbetriebe gemacht hat, bekannt sein, in welchem Maße gerade die Presse unter der wirtschaftlichen Depression zu leiden hat. Das Laienpublikum erinnert sich besser als die Gesetzgeber, wie die Zeitungen durch einen Streikzeitraum nach dem andern, durch einen Hilfsarbeiterstreik nach dem andern sich zu fortwährender Erhöhung der Löhne des technischen Personals gezwungen sahen, weiß auch, daß die Papierfabriken ihr Papier zum siebenfachen Preise gegenüber dem Friedenspreis liefern, kann ohne weiteres beurteilen, was der Nachrichtenteil eines politischen Blattes heute für Kosten verschlingt, die den Prozentsatz der allgemeinen Verteuerung um ein Vielfaches überschreiten. Die gewaltige Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren spielt im Etat des Nachrichtenteils unter den jetzigen Verhältnissen nur eine untergeordnete Rolle: der Zustand unserer Valuta zwingt die Zeitungen, die zum Auslande Beziehungen unterhalten, zu Ausgaben, deren Ertragung nur von dem politischen Verantwortlichkeitsgefühl und von dem Streben, dem Vaterlande zu dienen, diktiert wird. Wenn schon die Gesetzgeber nicht weitsichtig genug waren, die letzten, unabwendbaren Folgen ihrer Handlungsweise, den endlichen Ruin der Presse, zu erkennen, so hätten sie sich wenigstens die Frage vorlegen können, welches die unmittelbaren Folgen der Inseratensteuer sein werden. Aber man hat es nicht für nötig gehalten zu bedenken, daß bei dem Versuch einer Abwälzung der neuen Belastung auf die Inserenten, diese ihrerseits die erhöhten Inseratenpreise auf die Ware schlagen würden. So hilft die Gesetzgebung selbst die Schraube immer weiter drehen, statt dem verhängnisvollsten Vorgange unseres Wirtschaftslebens durch geeignetere Maßregeln Einhalt zu gebieten. Dilettantisch wie die Idee des Gesetzes ist auch der Grundsatz, die Inseratensteuer mit dem Umfange des Inseratenteiles einer Zeitung wachsen zu lassen. Denn in gleichem Verhältnis mit dem Anzeigenumsatz steigen ja die Herstellungskosten des Blattes, der Aufwand an Papier und die Druckkosten. Dieses Prinzip bedeutet eine ebenso ungerechtfertigte wie einseitige Begünstigung der kleinen Parteipresse, die nicht auf die Ausgestaltung des Inseratenteils angewiesen ist, sondern deren Quellen aus den Bureaus der Partei fließen, der sie sich verschworen hat. In Verfolgung dieses letzten Gedankenganges kommen wir zu dem wundesten Punkt des Gesetzes. Das Inseratensteuergesetz schießt seinen Pfeil mitten ins Herz der Unabhängigkeit der deutschen Zeitungen ab. Von der wirtschaftlichen Erdrosselung durch die Inseratensteuer werden insbesondere die Zeitungen betroffen, die auf Grund der starken finanziellen Unterlage, welche ihnen ihr geschäftlicher Teil gewährt, in der Lage sind, unbeeinflußt von dem Machtspruch einer Partei den Ereignissen objektiv gegenüberzustehen, und aus eigener Überzeugung und im Dienste der Allgemeinheit einen Weg zu gehen, auf dem nicht die Wegweise eines Parteiprogramms gebieterisch drohen. Es muß auch Parteizeitungen, Publikationsorgane der Parteien geben, aber die gesunde und freie Entwicklung unserer Politik und unseres wirtschaftlichen und alltäglichen Lebens kann nur in einer Arena vor sich gehen, in der frei und fesselos mit den Waffen der Objektivität gekämpft wird. Diese einzig natürliche Entwicklung der öffentlichen Meinung wird durch die wirtschaftliche Erstickung der unabhängigen Tagespresse und durch die Begünstigung der politisch nicht unnützen, aber geschäftlich nicht einwandfreien Parteiorgane, die am üppigsten auf dem mit Arbeiterschweiß gedüngten Boden der Linken und äußersten Linken gedeihen, unmöglich gemacht.

Und die zweite Frage: Wodurch verdient die Presse die Verhängung dieses Ausnahmegesetzes? Es hieße Eulen nach Athen tragen, auseinanderzusetzen, welche Rolle die Zeitung im politischen Leben spielt, das heißt in der Entscheidung der Fragen,

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Donnerstag, den 11. Dezember.

Opernhaus.
7 Uhr: 257. Abonn.-Vorst. Mona Lisa.

Schauspielhaus.
7 Uhr: 274. Abonn.-Vorst. Minna von Barnhelm. Direkt.: Max Reinhardt.

Deutsches Theater.
7½ Uhr: Jakobs Traum.

Kammerspiele.
7 Uhr: Advent.

Großes Schauspielhaus.
(10. Abt. 1. Abend.)
7½ Uhr: Orestie.
Dir.: Victor Barnowsky.

Lessing-Theater.
7 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Deutsches Künstler-Th.
7½ Uhr: Cyrienne.

Dir. Meinhard-Bernauer
Theater d. Königgr. Str.
7 Uhr: Ein Traumspiel.

Komödienhaus.
1/8 Uhr: Liselott v. d. Pfalz.

Berliner Theater.
7½ Uhr: Bummelstudenten.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: Predigt in Litauen.

Residenz-Theater.
7 U.: Evchen Humbrecht.

Trianon-Theater.
7 Uhr: Maskerade.

Central-Theater.
Kommandantenstr. 57.
7½ Uhr: Die Faschingsfee.

Deutsches Opernhaus.
7 U. Hoffmanns Erzählungen.

Die Tribüne
am Unter-arm-u. bahnhof Friedr.
7½ Uhr: Zum 1. Mal
11 Uhr.

Eden-Theater.
Alte Jakobstr. 90.
7¼ Uhr: „U. A. w. g."
Stg. 8 U.: Prinzessin vom Stil.

Friedr. Wilhelmst. Theater.
7½ Uhr: Gretchen.

Kleines Theater.
7½ Uhr: Die unberührte Frau.

Kl. Schauspielhaus.
7½ Uhr: Aibine u. August oder: Freut Euch d. Leb.

Komische Oper.
7½ Uhr: Liebeszauber.
Stg. 3½ U.: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus.
7½ U.: Arnold Rieck in Der Großstadt-Kavalier.

Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill.
Stg. 3 Uhr: Charleys Tante mit Thielscher.

Neues Operettenhaus.
7½ Uhr: D. Dame vom Circus.
Stg. 3 Uhr: Die tenische Eu aune.

Schiller-Theater Charl.
7½ Uhr: Verschwörung des Fiesko.

Thalia-Theater.
7¼ U.: Die närrische Liebe.

Theater a. Nollendorfpl.
8½ Uhr: Zwei Wappen.
7½ Uhr:
Der Vielgeliebte.

Theater des Westens.
7½ Uhr: Die Frau im Hermelin.
Std. 4 U.: Max u. Moritz.
Stg. 3½ U.: Die lustige Witwe.

In denen es um Sein oder Nichtsein des Volkes geht. Das Jahr, das seit dem Ende des Krieges verflossen ist, muß jeden, der den Blick auch einmal über den Aktendeckel und den Suppenteller hinaus hat schweifen lassen, gelehrt haben, was für ein Faktor die Zeitung in dem unblutigen, aber nicht minder erbitterten Kampf Deutschlands gegen alle geworden ist. Es kann wohl behauptet werden, daß das, was bisher an Milderungen und Abschwächungen feindlicher Bedingungen erreicht wurde, weniger durch Noten und diplomatische Verhandlungen, als durch die machtvolle Eindringlichkeit erzielt wurde, mit der die Mehrzahl der deutschen Zeitungen (und gerade die, denen jetzt die Schlinge zuerst um den Hals gelegt wird) für das Recht Deutschlands eintrat. Niemals ist es offenbarer geworden als in dieser Zeit, in welchem Maße die Zeitungen Führer des Volkes, Ärzte seiner politischen Gegenwart und Schöpfer seiner Zukunft wurden. Doch wir wollen hier nicht von Verdiensten reden, die nicht belohnt wurden — wir wollen nur im letzten Augenblick noch einmal an das politische Gewissen derjenigen appellieren, von deren Entscheidung das Schicksal vieler Zeitungen bei der Abstimmung über die Inseratensteuer abhängt. Wir legen ihnen die Frage vor, ob sie es mit ihrer politischen Überzeugung vereinbaren können, eine der wichtigsten und notwendigsten Institutionen des öffentlichen Lebens mit einer Steuer zu belasten, die der Anstoß ihres sofortigen und unaufhaltsamen wirtschaftlichen und damit auch geistigen Niedergangs sein muß.

* * *

Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Umsatzsteuergesetz ging gestern zur Beratung des § 80 über. (Inseraten- und Hoteltsteuer). Danach soll die Steuer 10 % betragen: 1. Bei der Übernahme von Anzeigen. 2. Bei der Aufenthaltsgestattung in Gasthöfen und Pensionen. 3. Bei der Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren, Wertsachen, Pelzwerken usw. Die Sozialdemokraten hatten beantragt die Anzeigensteuer ganz zu streichen, zogen aber diesen Antrag zurück, da er keine Mehrheit finden würde, und beantragten deshalb eine abgestufte Steuer für Inserate nach dem Umfang der gesamten Inserateneinnahmen, von 2 % ab bei einer Einnahme von 100000, steigend bis zu 10 % bei einer Einnahme von über 1 Million. Abg. Steinstücker (Dem.) wünschte die Aussetzung der Beratung, um erst den Zeitungsverlegern Gelegenheit zur mündlichen Äußerung zu geben. Diesem Wunsche stimmte der Vorsitzende Kampfes zu, weil dieser Ausschuß tatsächlich beeinflußt sei, während die Sozialdemokraten und das Zentrum, sowie Unterstaatssekretär Mösle sich entschieden gegen die Verzögerung aussprachen. Die Abgg. Meglich (Dnat.) und Eichhorn (U. Soz.) empfahlen die Vertagung. Mit 12 Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums gegen 10 Stimmen der anderen Parteien wurde der Vertagungsantrag abgelehnt.

In der sachlichen Besprechung wandten sich die Abgeordneten Steinsdorff und Ruschke (Dem.) gegen die Staffelung. Der letztere empfahl die Mittellinie einer Inseratensteuer von 5 %, die Mittellinie einer Inseratensteuer von 5 %. Abg. Spahn (Z) wurde die Steuerfreiheit für Bankanzeigen beantragt. Abg. Eichhorn (U. Soz.) hielt eine Streichung der Inseratensteuer überhaupt für geboten. Abg. Kräbig (Soz.) führte zugunsten der Abstufung der Steuer aus, daß sie die wirtschaftliche Lage der kleinen Zeitungen berücksichtige. Die Beratung wurde abgebrochen und auf Donnerstag vertagt.

Drohende Haltung der englischen Bergarbeiter.

Amsterdam, 10. Dezember.

„Allgemeen Handelsblad" meldet aus London, daß in der Central Hall eine Versammlung von 700 bis 800 Gewerkschaftsabgeordneten, die mehr als 5 Millionen Arbeiter vertraten, stattfand. Der Kongreß war einberufen worden, um die Konfiskation der Kohlenbergwerke durch den Staat, die Teuerung, die Profitmacherei, die Arbeitslosigkeit, die Aufrechterhaltung der Militärdienstpflicht, die britische Politik in Rußland und die Schaffung eines besonderen Arbeiterrates zu besprechen. Wie die englischen Blätter melden, nahm der Kongreß eine Entschließung an, in der erklärt wird, daß, wenn die Regierung bis Februar den Grundsatz der Sozialisierung der Bergwerke nicht angenommen hat, ein außerordentlicher Kongreß einberufen wird, um die von dem Glasgower Kongreß gestellte Forderung der Aktion durch die Gewerkschaften zur Durchführung zu bringen. Emmiss erklärte, er habe gehört, daß die Regierung versuchen wird, im Falle eines Streikes Streikbrecher aus Indien heranzuführen. In diesem Falle würde er für eine allgemeine Einstellung der Arbeit eintreten.

Generalstreik in Antwerpen?

Brüssel, 10. Dezember.

Die Verhaftung der ehemaligen Mitarbeiter des „Socialiste Belge" in Antwerpen hat in der Arbeiterschaft von Antwerpen Aufregung hervorgerufen. Die Metallarbeiter und die Dockarbeiter verlangen die Freilassung von Longueville und Luns, die Angestellten der Gewerkschaften sind, und drohen mit dem Generalstreik. Nach einer weiteren Meldung ist vorerst ein Generalstreik von 24 Stunden beschlossen worden. Justizminister Vandervelde hat erklärt, er könne in das schwebende Verfahren nicht eingreifen.

Antwerpen, 10. Dezember.

Havasmeldung.

Die Arbeit ist heute morgen überall in normaler Weise wieder aufgenommen worden.

Die Gärung in Siebenbürgen.

ITB Budapest, 10. Dezember.

Aus Klausenburg wird gemeldet: Die Gärung in Siebenbürgen hat weiter um sich gegriffen. Die aus Besarabien herangezogenen rumänischen Truppen gehen mit brutaler Rücksichtslosigkeit vor. U. a. wurde der Stationsvorsteher in Deés, der Siebenbürger Sachse Arnold Freitag, schwer verletzt, weil er sich mit dem Streik der Eisenbahner solidarisch erklärt haben soll. In Großkokel kam es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen. Der Generalstreik in Siebenbürgen dauert fort, und die rumänische Arbeiterpartei droht ebenfalls mit der Proklamierung des Generalstreiks, wenn die Hunderte von Verhafteten nicht wieder freigelassen werden. Zu den rumänischen Regimentern, die bei den Unruhen in Altrumänien den Gehorsam verweigert haben, gesellte sich noch die Gardekavallerie-Division Nr. 2 in Jassy, deren Soldaten den Hauptbahnhof, die Postdirektion und das Gouvernementsgebäude besetzten. Die neue rumänische Regierung des Dr. Vajda-Wojvoda hat die Einberufung der Nationalversammlung noch weiter vertagt.

Fiume und die östliche Adriaküste.

Von

A. Vetter.

Aus Italien liegen Meldungen vor, nach denen starke französische Garnisonen sich im Aufmarsch gegen Nordkroatien und Dalmatien befinden.

Ein volles Jahrtausend hindurch und länger hat das Germanentum die geschichtliche Aufgabe gehabt und erfüllt, die Romanen und die Slawen vor dem Zusammenprall zu bewahren; anfangs durch Zurückdämmung des romanischen Dranges nach dem Osten, später und in immer steigendem Maße als Damm gegen die von Osten heranbrandende Welle des Slawentums. Karl der Große fand noch vor 1100 Jahren bei den Sachsen so starken Widerstand, daß er es nicht wagte, die Grenzen seines Frankenreiches über ihr Gebiet hinaus weiter nach Osten zu verschieben; so blieben die östlich von den Sachsen siedelnden Slawen ununterjocht, und auch das Christentum drang erst später zu ihnen durch. Von da ab wandte sich das Antlitz der deutschen Stämme vom Westen nach dem Osten zu. Die Deutschen wurden insofern die Landknechte Europas, als ihnen die Aufgabe gestellt wurde, westliche Kultur gegen östliche Unkultur zu schützen. Die Ostmark Österreich verdankte dieser Aufgabe ihre Entstehung.

Diese geschichtliche Entwicklung ist jetzt zweifellos an einem Wendepunkte angelangt. Der deutsche Damm ist geschwächt, an einer seiner wichtigsten Stellen bereits fortgeschwemmt. Vielleicht wird eine spätere Zeit darin eine geschichtliche Gerechtigkeit erblicken, daß die Untreue gegen die geschichtliche Aufgabe mit dem Untergange bestraft worden ist. Denn das Österreich-Ungarn der letzten Jahrzehnte war kein starker Wall mehr, an dem die östliche Welle zerbrach; sein Schwerpunkt glitt immer weiter nach Osten und begann bereits zum Sammelpunkt von Slawen jeder nur möglichen Spielart zu werden. Wer in dem Wirbel der Ereignisse mehr erblickt, als ein bloßes Spiel von Zufälligkeiten, wer die Weltgeschichte als Weltgericht anerkennt, wird auch auf die Tatsache hinweisen dürfen, daß im österreichisch-ungarischen Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand an dem denkwürdigen 28. Juni 1914 gerade der Mann vom Schicksal ereilt worden ist, der ganz bewußt die Tradition Österreichs als Mauer gegen die Slawen preisgegeben gewillt war. — Sein Tod hat das Land mit in den Wirbel gerissen, der deutsche Damm ist an seinem südöstlichen Ende gerissen, und Slawen und Romanen treffen nun aufeinander.

In diesem größeren geschichtlichen Zusammenhang erhält der italienisch-südslawische Streit um Fiume eine Bedeutung, die weit über die lokale Wichtigkeit hinausgeht. Von jeher haben die Italiener danach gestrebt, auch die östliche Küste des Adriatischen Meeres in ihre Gewalt zu bekommen. Seit langem aber streben auch die Slawen, die nirgends den rechten Ausgang an die Weltstraßen finden konnten, an dieselbe Ostküste der Adria; als ihre Vorposten sitzen schon längst kroatisch-serbische Stämme an der Küste des bisherigen Kroatien und Dalmatien.

Nach der Römerherrschaft über Illyrien haben die Italiener noch einmal auf dem Ostufer der Adria festen Fuß fassen können. Das war, als die Republik Venedig sich entfaltete und im damaligen Sinne eine Weltmacht wurde. Als aber Venedigs Glanz dahinsank, verloren die Italiener in den jetzt so heißerschnten Gebieten immer mehr an Boden. Am dichtesten sitzen die Italiener noch jetzt in Triest, wo sie etwas über 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Je weiter man aber an den Ostrand des Adriatischen Meeres nach Süden geht, desto spärlicher wird der italienische Einschlag, der überhaupt nur in den Orten unmittelbar an der Küste zu spüren ist, weiter im Innern des Landes aber fehlt. In der Gegend von Görz und Gradisca macht das italienische Element in der Bevölkerung nur noch 36, in Istrien 38 Prozent aus. Weiter nach Süden in Fiume und dem kroatischen Küstenland sind nur noch it bis 12 Prozent der Bewohner italienisch, und an der dalmatinischen Küste sind es gar nur noch 2½ bis 3 Prozent!

Gerade Dalmatien ist ein Schulbeispiel für das Zurückgehen des italienischen Einflusses gegenüber dem slawischen. Noch vor einem halben Jahrhundert betrug die Zahl der Italiener in Dalmatien immerhin 11 Prozent der Gesamtbevölkerung. Fünf Jahrzehnte haben genügt, ihre Zahl bis auf 2½ bis 3 Prozent herabzudrücken. In den sechziger Jahren waren von den 43 Mandaten des Dalmatinischen Landtages 31 in Händen der Italiener. Ihr Anteil an den Abgeordnetensitzen verminderte sich allmählich bis auf 6. Im österreichischen Reichsrate aber ging 1897 das letzte dalmatinische Mandat den Italienern verloren, und keine Anstrengungen, an denen es nicht gefehlt hat, haben ihnen den verlorenen Einfluß zurückbringen können.

Die österreichisch-ungarische Monarchie suchte mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Serben auch staatlich bis zur Adria vordrangen. Während sie so in gewisser Weise die Geschäfte Italiens besorgte, wachte sie auch eifersüchtig über die Ansprüche Italiens auf die albanische Küste. Nun hat Italien geholfen, den Damm zu zerbrechen, und es sieht eine Flut des Slawentums, wachsend ohne Widerstand, sich an die Küsten des Mittelländischen und des Adriatischen Meeres heranwälzen. Es beginnt nun die geschichtliche Auseinandersetzung zwischen Romanen und Slawen. Denn nicht um Fiume allein, nicht um die dalmatinische oder albanische Küste geht es jetzt, die ganze östliche Hälfte der Nordküste des Mittelländischen Meeres ist im Begriff, slawisch zu werden. Von den Dardanellen bis Saloniki haben die Slawen sich festgesetzt, die Griechen im südlichen Teil der Balkanhalbinsel sind schon stark mit Slawen untermischt. Der ganze Osten und Südosten Europas weist mehr als die Hälfte des europäischen Flächenraumes ist jetzt in der Hand der Slawen. Nächst Deutschland steht Italien auf einsamem Vorposten gegen die anbrandende Welle.

D'Annunzios Zug nach Fiume und die Ansichten auf Zara, die man ihm nachsagt, werden die Entwicklung nicht aufhalten können, vielleicht sogar zum Verhängnis der Italiener sie noch beschleunigen durch die Entfachung der nationalen Leidenschaften auch auf Seiten der Südslawen. Eine falsche italienische Politik muß hier ernten, was sie einst gesät hat. Italien hat im Jahre 1911 durch die Entfesselung seines Krieges mit der Türkei um Tripolis willen den ganzen Südosten Europas in Gärung versetzt: Es folgten fast ohne Pause der erste und der zweite Balkankrieg und schließlich der Weltkrieg. Es ist früher einmal an dieser Stelle (in Nr. 272 vom 21. Juni d. J.) darauf hingewiesen worden, daß die italienisch-russische Monarchenzusammenkunft in Racconigi und die dort getroffenen Vereinbarungen vom 24. Oktober 1909 tatsächlich die Entwicklung des gangen folgenden Jahrzehntes in verhängnisvollster Weise vorgezeichnet haben.

Damals sahen die italienischen Politiker kurzsichtig nur die Hindernisse, die ihrer Politik auf österreichisch-ungarischer Seite und in Berlin entgegenstanden, sie sahen nicht den viel größeren und weltgeschichtlich bedeutenden Gegensatz zum Slawentum. So wurde in Racconigi der Stein ausgeworfen, der die Lawine ins Rollen gebracht hat, und diese, die das türkische Reich und die Donaumonarchie mit sich in die Tiefe greifen hat, wird vermutlich auch alle italienischen Hoffnungen auf Fiume und die östliche Adriaküste unter sich begraben.

* * *

Die Fiumekrise.

Bern, 9. Dezember.

Über den Ministerrat berichtet „Corriere della Sera", daß bezüglich Fiumes entgegen allen Gerüchten nichts erreicht sei und daß die Verhandlungen fortdauern. Alle Meldungen über Änderungen im Kabinett gelten als verfrüht, obwohl wahrscheinlich ist, daß die Minister des Unterrichts, der Justiz, des Ackerbaus, der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten ersetzt werden.

„Avanti" veröffentlicht eine ausführliche, aber stark gekürzte Fiumer Korrespondenz, worin die Tyrannei und Willkür d'Annunzios gebrandmarkt werden.

Die Absichten des Exkaisers Karl.

Wie die „P. P. N." aus Wien melden, bringt das „Neue Wiener Journal" ein Interview mit einer Persönlichkeit aus den Kreisen Kaiser Karls über die Absichten des Exkaisers, welche sich auf eine großzügige Ausgestaltung des früheren Staatswesens in liberal-konservativer Weise richten sollen, sodaß der freiheitlichen Entwicklung und dem nationalen Selbstbestimmungsrecht dennoch genügend Spielraum gewährt würde. Das Blatt meint dazu, es sei bemerkenswert, daß die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage schon jetzt eine Frage zur Diskussion bringe, welche die kühnsten Optimisten erst in Jahren für spruchreif gehalten hätten.

Tschechische Freiheit.

Budapest, 10. Dezember.

Der Vollzugsausschuß des unter tschechischer Besetzung befindlichen Ungartums überreichte heute dem amerikanischen General Bandholtz eine Denkschrift, in der über die Bedrückung des Magyarentums Klage geführt wird. In den Gemeinden rein magyarischer Bevölkerung werde der Gottesdienst in ungarischer Sprache verboten und jedes gewaltsame Mittel, wie Ausweisung ungarischer Beamten, Entfernung ungarischer Aufschriften, angewendet, um den ungarischen Charakter rein magyarischer Gebiete zu verdunkeln. General Bandholtz erklärte, daß er die Beschwerden der Deputation der Friedenskonferenz unterbreiten würde.

Rumänische Sequnnen.

Budapest, 10. Dezember.

Nach dem Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureau betragen die von Rumänien in drei Komitaten Transdanubiens verursachten Schäden nach amtlicher Feststellung 864704000 Kronen, wobei Rumänien insgesamt zweieinhalb Millionen Zentner Getreide und die Ganomenfabrik in Raab entfallen allein mehr als 800 Millionen.

Gross-Berlin

Die Dahlemer Siedlung.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Im einer Versammlung der „Ortsvereinigung Groß-Berlin für Angestellten-Heimstätten" am 7. Dezember sind heftige Angriffe gegen den preußischen Finanzminister gerichtet worden, weil er der Selbsthilfe-Organisation der Angestellten „aus fiskalischen Gründen" es unmöglich gemacht habe, eine Siedlung auf Dahlemer Gebiet anzulegen. Dieser Behauptung, die der Wahrheit widerspricht, liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Die gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten erstrebt zu Siedlungszwecken den Erwerb fiskalischen Landes in Gutsbezirk Dahlem. Sie hat sich an die Staatsregierung mit der Bitte um Ueberlassung eines Baublocks am Bahnhof Thielplatz gewandt. Dieser Baublock liegt in dem zum höchsten Preise verwertbaren Teil der ehemaligen Domäne. Die Gesellschaft war daher nicht in der Lage, den dem wirtschaftlichen Werte entsprechenden Preis zu erlegen. Hingegen ist der Gesellschaft auf Dahlemer Gelände ein anderer an der Zehlendorfer Grenze, unmittelbar an dem geplanten Bahnhof Zehlendorf-Ost, auch sonst geeigneter und in günstiger Verkehrslage gelegener Baublock angeboten worden, der für einen der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft entsprechenden Preis abgegeben werden kann. Damit wird die staatliche Verwaltung allen berechtigten Ansprüchen der gemeinnützigen Gesellschaft durchaus gerecht. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Ansiedlung von Angestellten in Dahlem unmöglich gemacht worden sei. Die Gesellschaft ist nicht gezwungen und hat auch keinen Anspruch darauf, gerade das teuerste Gelände in Anspruch zu nehmen. Der Staat darf andererseits sein Land einmal nach gesetzlicher Bestimmung, dann aber gerade jetzt angesichts seiner im Volke immer noch nicht nach Gebühr gewürdigten trostlosen Finanzlage nicht unter dem Wert abgeben. Die Lösung kann also nur so gefunden werden, daß der Staat sein Interesse, gemeinnützige Siedlungsunternehmen zu fördern, dadurch betätigt, daß er da, wo er geeignetes Land zu billigem Preise zur Verfügung stellen kann, weitgehendes Entgegenkommen übt, wie es hier geschehen ist.

— Die Erhöhung des Wasserpreises. Der Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die Erhöhung des Preises für Wasser aus den Berliner Wasserwerken hat zum zweiten Male unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Dr. Gadeck getagt und nach Ablehnung der Magistratsvorlage beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, den Wasserpreis von 28 auf 34 Pfg. pro 1000 Rm. zu erhöhen und statt des bisherigen Grundpreises von 4 Mk. einen solchen von 10 Mk. pro Wassermesser zu erheben. Der Magistrat Berlin hatte 32 Pfg. und 20 Mk. Grundgebühr beantragt. Der Magistrat war durch den Stadtrat Dr. Wiemer vertreten.

— Amt Steinplatz. Der Fernverkehr ist für sämtliche Leitnehmer des Amtes Steinplatz seit gestern abend wieder Anrufmöglichkeit nach dem Amte bestellen Leitnehmern in genehmlicher Weise beim Fernamt anzumelden. Alle anderen Leitnehmer des Amtes müssen die Anmeldung sämtlich an das Fernsprechamt Charlottenburg (Steinplatz) oder an das Fernsprechamt 1 Berlin, Französische Straße (Fernamt) richten.

— Beförderung von Kostbarkeiten auf der Eisenbahn. Eine Änderung der Eisenbahnverkehrsordnung tritt mit Wirkung vom 15. d. M. in Kraft. Der Begriff Kostbarkeit hat sich seit dem Ausbruch des Krieges vielfach geändert, so daß nunmehr auch die Bestimmungen der Eisenbahnverkehrsordnung über die Beförderung von Kostbarkeiten abgeändert und ergänzt werden müssen. Nach den am 15. in Kraft tretenden Bestimmungen ist die Beförderung von Gold, Münzen und Papieren mit Geldwert als Reisegepäck nicht mehr zulässig. Gold- und Silberbarren, Kunstgegenstände und andere Kostbarkeiten, d. h. solche, bei denen der Wert für 1 Kilogramm der Ware 150 Mark übersteigt, werden nur dann zur Gepäckbeförderung zugelassen, wenn sie zum Reisegepäck gehören und wenn die Gepäckstücke fest verschlossen sind. Für die als Kostbarkeiten zur Gepäckbeförderung zugelassenen Gegenstände werden bei Verlust, Minderung oder Beschädigung nicht mehr als 150 Mk. für das Kilo der Ware, im Höchstfalle aber nur noch 2000 Mk. ersetzt, und zwar für alle in der Sendung enthaltenen Kostbarkeiten. Auch zur Beförderung als Expreßgut werden Geld, Münzen und Papiere mit Geldwert nicht mehr angenommen.

— Arbeiterratsskandal in Pankow. Die Pankower Gemeindevertretung hatte, wie berichtet, vor kurzem beschlossen, dem kommunalen Arbeiterrat die bisherige Entschädigung aus Gemeindemitteln zu versagen, nicht aber dabei zum Ausdruck gebracht, daß ihm auch das Amtszimmer im Rathause entzogen werden solle. Als nun trotzdem dem Arbeiterrat das Zimmer verweigert wurde, nahm dies die Fraktion der Unabhängigen zum Anlaß, um eine Anfrage einzubringen, auf Grund welcher Beschlüsse dem Arbeiterrat die weitere Benutzung des ihm zur Verfügung gestellten Zimmers verweigert werde. Von der demokratischen Fraktion und der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wurden dagegen weitere Anträge gestellt, den Arbeiterrat nicht mehr als Kontrollorgan der Gemeinde anzuerkennen und ihm auch nicht mehr zu den Sitzungen der Gemeindevertretung zuzulassen. Als die beiden Anträge gegen Schluß der Sitzung mit allen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen wurden und der „Arbeiterrat" Mertens, der mit seinen Kollegen zu der Sitzung erschienen war, das Wort vergeblich verlangte, brach sowohl auf der Zuhörertribüne als auch im Sitzungssaale in den Reihen der Unabhängigen und des Arbeiterrats ein ohrenbetäubender Lärm aus. Die Zuhörer drangen in den Saal und auf die Gemeindevertreter ein, wobei ein Bäuterich versuchte, mit einer Wasserflasche auf den Kopf eines sozialdemokratischen Gemeindevertreters zu schlagen. Nur durch das Dazwischentreten eines anderen Gemeindevertreters konnte Blutvergießen verhindert werden. Es dauerte einige Zeit, ehe Ruhe eintrat und die Unabhängigen und der Arbeiterrat unter dem Versprechen, wiederzukommen, und zwar mit mehr Rechten als bisher, den Sitzungssaal verließen.

— Auch ein Zeichen der Zeit. Der Steglitzer Gemeindevorstand hat für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung folgende Vorlage eingebracht: „Infolge der gesteigerten Löhne, des achtstündigen Arbeitstages, des Schichtwechsels und der verringerten Arbeitsleistung mußten statt 27 Arbeiter 35 ständig beschäftigt werden. In den letzten Jahren ist ein Teil der ständigen Arbeiter im Winter bei der Lebensmittelversorgung verwandt worden. Diese Möglichkeit fällt in diesem Jahre fort. Es wäre nun eine große Härte, die überschießenden Arbeiter sämtlich bei dem völlig eingetretenen Winter zu entlassen, da sich darunter zahlreiche Familienväter befinden, die bei der Gemeindeverwaltung treu gedient haben. Das Halten der Arbeiter durch den Winter erfordert eine Mehrausgabe von 25000 Mk." — Gegen das soziale Verhalten der Gemeinde Steglitz ist wohl nichts zu sagen; viel ließe sich aber über die Ursachen sprechen, die zu so unproduktiven Ausgaben geführt haben, wie es das Durchhalten von Arbeitern über den Winter darstellt.

— Die „Gebrüder Vogel" als die Gebrüder Strauß entlarvt. Die weiteren Ermittelungen zur Aufklärung des Ueberfalles auf die Kriminalbeamten in der Gneisenaustraße und die Nachforschungen nach den entkommenen Verbrechern haben zu einem überraschenden Ergebnis geführt. Es konnte festgestellt werden, daß die angeblichen Gebrüder Erich und Emil Vogel identisch sind mit den Gebrüdern Erich und Emil Strauß, zwei der gefährlichsten Ein- und Ausbrecher Berlins, mit denen die Kriminalpolizei schon seit mehr als 10 Jahren in jahrelangem Kampfe steht. Beide hatten ihre letzte langjährige Zuchthausstrafe dadurch verkürzt, daß sie aus dem Zuchthaus in Rastgard entflohen. Sie wandten sich gleich wieder nach Berlin und auf ihr Konto kommen wahrscheinlich auch eine Reihe der bisher ungeklärten Einbrüche. Ebenso steht es außer Zweifel, daß die beiden Schwerverbrecher bei dem Postraub am Schlesischen Bahnhof ihre Hand im Spiel gehabt haben. Umfassende Nachforschungen zu ihrer Wiederergreifung sind sofort eingeleitet worden, doch hatten diese bis jetzt noch keinen Erfolg.

Sport

— Die Leistung Oberstlt. v. Goslers, des Präsidenten des Vereins für Hindernisrennen, Berliner Rennvereins, Strausberger Rennvereins und der Traberrenngesellschaft Berlin-Westend, fand gestern nachmittag auf dem Invalidenfriedhof zu Berlin unter sehr starker Beteiligung statt. Der Unteroffizier war mit seinen Mitgliedern und Beamten fast vollzählig erschienen. Ferner bemerkte man viele Rennstallbesitzer, Herrenreiter, Trainer und Jockeis sowie hohe Militärs. Der Verein ehemaliger Leib-Garde-Husaren und der Kriegerverein in Friedersdorf bei Bindow waren durch Abordnungen mit der Fahne vertreten. Der mit einer Blumenpracht geschmückte Sarg war in der Invalidenkerkirche aufgebahrt. Der Geistliche legte seiner Rede den Text zugrunde „Ein treuer Mann wird viel gesegnet" und betonte neben der pertiensvollen Tätigkeit des Entschlafenen besonders dessen Treue zu Kaiser und Reich. Unter Trauerweisen wurde der unter den Kränzen fast verschwindende Sarg zu Grabe getragen, wo eine Kompagnie der Reichswehr diese Ehrensalven abfeuerte.

— Das Deutsche Derby 1921 erhielt in Berlin 122 Unterschriften, also 10 weniger wie für das Vorjahr. Die Wiener Meldungen, die sich für 1920 auf 25 beliefen, stehen noch aus. Die Nennungen verteilen sich auf 43 verschiedene Besitzer. Am stärksten beteiligten sich die Herren A. u. C. v. Weinberg mit 11, Hauptgestüt, Graditz und Gest. Weil mit je 10, Frhr. S. A. v. Oppenheim und Herr M. Daniel mit je 9, Herr H. Lenz und Gest. Mydlinghoven mit je 6 und Graf H. Kanitz mit 5 Unterschriften. Aus dem bisher in Wien geführten Rennstall der Herren C. Constantin und dem Hauptmann Mauve wurden 4 Pferde genannt, ferner schrieben von ausländischen Besitzern der Oesterreicher Baron G. Springer 2 und der Däne Nullo de Broun 1 Pferd ein. — Auch der Deutsche Zuchtverein 1921 hält sich mit 30 Unterschriften in Berlin nur knapp auf der Höhe des Vorjahres. Die Wiener Meldungen fehlen hier ebenfalls.

— Trainer- und Jockei-Ausschuß. Die Oberste Behörde für Vollblutzucht und Rennen hat beschlossen, einen von Trainern und Jockeis gerennt zu wählenden Ausschuß, bestehend aus je 5 Trainern und Jockeis, als Beirat für sich zu bilden. Dieser Ausschuß wird von der Obersten Behörde gutachtlich gehört in allen Angelegenheiten, die die Erteilung von neuen Lizenzen an Trainer und Jockeis, sowie die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige, im Rennbetrieb tätige oder tätig gewesene Personen betreffen. Der Ausschuß hat das Recht, Anträge hierzu sowie Anträge auf Kenderung dieser Geschäftsordnung bei der Obersten Rennbehörde zu stellen. Mit diesem Beschlusse ist die Oberste Rennbehörde vielfach laut gewordenen Wünschen nachgekommen und hat sich zu einer den jetzigen Verhältnissen entsprechenden und alle Kreise des Rennsports umfassenden Körperschaft ausgebildet.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Verantwortl. Leiter: f. d. Handelsteil Dr. Hugo Fraeck, Berlin-Nikolassee, Hohenzollernstraße 5; f. d. politischen Teil: Ernst Paul Steinhoff, Schöneberg; Finsterwalde Dr. Richard Jäger, Schöneberg, Berlin und Kraus Berliner Börsen-Zeitung, Berlin W. 8, Kronenstr. 37.

Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: Vier Einakter.
Wallner-Theater.
7 Uhr 15: Eine Ballnacht.
Stg. 3¼ Uhr: Geisha mit Rio Herber.
URANIA
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr: (kleine Preise)
Winter in der Schweiz.
8 Uhr: Dr. Carl Kuehler: Durch die Vulkan- und Gletscherwelt Islands.
Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!
Reichshallen-Theater.
7½ Uhr u. Sonntags nachmittag 3 Uhr
Stettiner Sänger
Nachm. ermäßigte Preise.
Freitag, den 13. Dezember:
Große Fest- u. Benefiz-Vorstellung für die Mitglieder.
Reichshallen-Saal: „Dönhoff-Brettl"
Anfang 7½, Sonntags 5 Uhr.
Neues Programm!
APOLLO
Friedrichstr. 218.
Dir. James Klein.
Täglich 7¾ Uhr, Sonntags 3½ und 7¾.
12 Sensationen Varieté-Programm.
Admirals-Palast.
Allabendlich 8 Uhr
Die lustige Puppe
Ankauf von Juwelen
Perlen, Smaragden usw.
Margraf & Co. G. m. b. H.
Kanonierstr. 9.
Ankauf wertvoller Antiquitäten
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 60 A.
Zentr. 3466.
Sofort z. verk. entzündete Berling. i. Oberharz, vorzügl. i. d. Sanatorium. Vergrößg. möglich. Ang. unt. M. 600 Ex. dies. Ztg. (18515)
Herzliche Weihnachtsbitte
für die ärmsten Familien unserer Gefangenen. Hilfe tut dringend not!
Herr Emil Krause, Ackerstraße 90, hilft wieder sammeln.
Die Geistlichen von Plötzensee.
J. N.: Peters.
Provinzbank
sucht zu möglichst baldigem Eintritt zwei in allen Zweigen des Bankgeschäftes durchaus erfahrene ältere Beamte als Prokuristen, die bereits in ersten Geschäften tätig gewesen sind. Bewerb. mit Lebensl., Gehaltsanspr. und Bild zu richten unter J. 594 an diese Zeitung. (18510)
Junger Mann
mit Bankkenntnissen als deutscher Korrespondent für holländische Bank gesucht. Off. mit K. 596 Exped. dies. Ztg. (18512)
Bankfachmann,
30 J., verh., in ungek. Stellung, mehrj. Leiter einer Prov.-Bank-Filial, auch als Revisor tätig gew., sucht ein eigneten Tätigkeit. Gefl. Ang. u. P. 588 an die Exp. d. Ztg. (18 [illegible])

Weiterberatung des Reichnotopfers.

Deutsche Nationalversammlung.
129. Sitzung. Mittwoch, den 10. Dezember.

Am Regierungstisch: Erzberger.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Das Reichsnotopfer.

Die allgemeine Aussprache bei § 1 wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Braun-Franken** (Soz.): Der gestrige Tag hat bewiesen, daß die Herren von Rechten alles tun wollen, um das Zustandekommen des Reichsnotopfers zu verhindern. Mit allen Mitteln wollen sie die Verhandlungen stören. Wir werden aber dafür sorgen, daß ihre Pläne nicht gelingen, daß die Kriegsgewinne erfaßt werden und ein gerechter Ausgleich infolgedessen hergestellt wird. Das Kapital hat sich schon immer vom Steuergesetz gedrückt. Alle Lasten mußten die breiten Massen tragen. Der Kampf gegen Erzberger ist nichts weiter als ein Kampf gegen die Belastung des Besitzes. Ihre Politik (nach rechts) führt naturgemäß zum Staatsbankerott, und dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Wir wollen Deutschland retten, wir wollen nicht, daß das Ruhrgebiet besetzt wird. (Lebh. Beifall b. d. Soz., Unruhe rechts.) Die Rede des Herrn Hugenberg war mehr als eine Klassenkampfrede des Kapitalismus. Herr Hugenberg ist in den Beschuldigungsprozeß gegen die Firma Krupp nicht verwickelt worden, weil er der Teilnahme verdächtig erschien. Dieser Mann redet über von Korruption, der selbst das preußische Beamtentum im Kriegsministerium und Reichsmarineamt durch Bestechung durcheinander bringt. (Präsident Fehrenbach rügt diesen Ausdruck.) Die Firma Krupp hat die interessantesten internationalen Beziehungen gepflogen. Nach Nordamerika ist z. B. die Zenne Maschinenfabrik Bangerstadt um 400 Mk. billiger geliefert worden als an Deutschland. Ist das Patriotismus? Im Kriege liegen die Wurzeln der Korruption. Auch die Korruption des Schiebertums ist aus dem Kriege entstanden. Herr Dr. Hugenberg hat den Reichsfinanzminister einen Landesverräter genannt. Er selbst hat den äußeren Landesverrat begangen, indem er der Entente deutsches Land geradezu angeboten hat. (Der Präsident Fehrenbach rügt auch diesen Ausdruck. Er bittet den Redner, sich der Steuerdebatte zuzuwenden.) Der Stahlwerksverband hat 1915 die Maloze der deutschen Volkskraft ausgenutzt. (Zuruf rechts: Unwahr!) In Massen wurden deutsche Stahlschienen über die Schweiz nach Italien geliefert, damit Italien daraus Waffen gegen Deutschland machen konnte. (Hört, hört! links.)

Abg. **Farwick** (Zentr.): Wir billigen den Gesetzentwurf in allen Hauptsachen, einige Abänderungsanträge werden wir noch einbringen. Das Reichsnotopfer ist eine unbedingte Notwendigkeit. Meine Freunde sind der Ansicht, daß eine bauernde Vermögensabgabe leicht zu einer Strangulierung des Wirtschaftslebens führen wird. Die gestrigen Worte des Abgeordneten Hugenberg über die Besetzung weiteren deutschen Bodens durch die Entente erinnern an einen Handel, der vor 2000 Jahren um dreißig Silberlinge abgeschlossen wurde. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Der gestrige Tag war ein schwarzer Tag in unserem parlamentarischen Leben, und ich erkläre namens sämtlicher Parteiangehörigen aus dem besetzten Gebiet, daß wir uns mit flammendem Protest gegen einen derartigen Gedanken verwehren.

Abg. Dr. **Petersen** (Dem.): Die Demokratische Fraktion ist bereit, der Not der Zeit entsprechend dem Besitz das größtmögliche Opfer auf zuerlegen. Die Frage, ob dies in Form einer einmaligen Vermögensabgabe oder einer jährlich zu erhebenden Abgabe geschehen soll, ist noch nicht endgültig geklärt. Wenn die deutsche Volksvertretung nicht schnell ihre Pflicht tut, dann haben wir den

Staatsbankrott,

der ein unsägliches Elend heraufbeschwören würde, gegen das die bisherigen Zustände ein Kinderspiel sind. (Zustimmung.) Aus nationalen und internationalen Erwägungen muß die Frage des Reichsnotopfers endlich geprüft werden. Die Entscheidung wird daher erst in dritter Lesung fallen. Auch die Opposition müßte, wenn sie morgen an die Regierung käme, den Bedarf decken. Auch meine Partei ist aufs tiefste entrüstet, daß Herr Dr. Hugenberg die Gefühle des Volkes in dieser Weise verletzt hat. (Beifall b. d. Mehrheit.) Wenn die Herren der Rechten und ihre Presse eine vernünftige Politik getrieben hätten, dann säßen wir heute nicht so im Elend.

Abg. **Becker-Hessen** (D. Vp.): Der Vorredner hätte seine Vorwürfe auch an die linke Seite richten müssen angesichts der verletzenden und verletzenden Worte des Abg. Braun. Erzberger hat selbst anerkannt, daß der Besitz bis zur Grenze des Möglichen belastet ist; jetzt liegen 16 Milliarden Besitzsteuern vor, und von den 11 Milliarden indirekten Steuern trägt der Besitz auch noch einen beträchtlichen Teil. Die demokratische Fraktion schätzt die Bedenken gegen das Notopfer so hoch ein, daß sie sich die Entscheidung nach vorbehält. Auf das abgedroschene Bismarckwort des Abg. Braun erwidere ich: gewisse Deutsche fürchten nichts mehr als die Strafe. (Sehr richtig! rechts.) Der Redner empfiehlt dann die Zwangsanleihe. Niemand von uns will den Besitz seiner vornehmen Pflicht, Steuern zu zahlen, entziehen. (Sehr richtig! rechts.) Der Wahnsinn des Reichsnotopfers bringt die Wirtschaft zum Erliegen. Wenn auf dem Leichenstein der toten deutschen Wirtschaft der Name Erzberger stehen sollte, so sollten die Mehrheitsparteien sich nicht bemühen, daß auch ihr Name daraus kommt.

Reichsfinanzminister **Erzberger:**

Die Behauptung, durch das Reichsnotopfer werde der Tod des deutschen Wirtschaftslebens herbeigeführt, ist falsch. Auf dem vom Abgeordneten Becker vorgeschlagenen Wege würden Sie der deutschen Wirtschaft eine außerordentliche Erschwerung bereiten. Ich habe die Mehrheit des Hauses auf meiner Seite. Darum soll ich der Minderheit nachgehen. Dem Lied des Egoismus des Abgeordneten Hugenberg stelle ich das Hohe Lied der Solidarität des sozialen Interesses gegenüber. Das soziale Interesse ist der Grundgedanke unserer ganzen Umwälzung. Wenn das Reichsnotopfer nicht zur Verabschiedung kommt, ist eine indirekte Steuerbelastung nicht durchführbar. Die von der Rechten gewünschte

Zwangsanleihe

würde einen Kurs von 20 bis 22 haben. Sie würde 25 Milliarden Mark innerhalb sechs Monaten aus dem deutschen Volk herausziehen, während das Notopfer dem deutschen Volke jährlich 2,5 Milliarden auferlegt. Der Familienstand wird berücksichtigt werden. Die kleinen Rentner bis 10 000 Mk., die also 5000 Mk. Einkommen haben, haben keinen Pfennig zu zahlen; das Vorhandensein von vier Kindern und mehr wird bei einem Vermögen bis zu 200 000 Mk. besonders berücksichtigt werden. Die gewerbe- und landwirtschaftlichen Betriebe werden sehr vorsichtig und rücksichtsvoll erhalten bleiben. An ihrer Vernichtung haben wir kein Interesse. Das Reichsnotopfer ist notwendig; es muß rasch verabschiedet werden.

Abg. **Wurm** (U. Soz.): Es hat sich ein großes Schiebergeschäft entwickelt. Das Kapital muß noch in ganz anderer Weise herangezogen werden.

Damit schließt die Aussprache.

In namentlicher Abstimmung wird über den Antrag Dr. Becker (D. Vp.), die Vorlage an den Ausschuß zurückzuverweisen, abgestimmt.

Der Antrag wird mit 296 gegen 43 Stimmen der Rechten abgelehnt. § 1 wird angenommen. Abgelehnt wird der Antrag auf Erhebung einer Zwangsanleihe. § 2 wird angenommen mit einer Aenderung, wonach diejenigen Deutschen abgabefrei sein sollen, die schon eine gewisse Zeit vor dem Kriege im Auslande wohnten und in Zukunft wieder im Auslande tätig sein werden.

Angenommen wird ein Antrag Blunck (Dem.), wonach Genossenschaften nur abgabepflichtig sind, deren Anteile auf mindestens 50 Mk. lauten.

Nach § 5 sind abgabefrei die Kirchen, die Gemeinden, die Kirchen sowie die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften, Universitäten, Hochschulen, die Reichsbank, die Reichsdarlehnskassen und die Staatsbanken, die Sparkassen sowie die von Körperschaften des öffentlichen Rechts begründeten gemeinnützigen Kreditanstalten, Handelskammern, Gewerbekammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern usw., die Anstalten der Versicherungsgesetzgebung, die Pensions- usw. Kassen, Stiftungen, Anstalten usw., die gemeinnützigen Zwecken dienen, und schließlich politische Parteien und Vereine.

Abg. **Gruber** (Soz.) fordert die Besteuerung des Kirchenvermögens, der Toten Hand.

Reichsfinanzminister **Erzberger:** Am liebsten wäre es mir, wenn überhaupt keine Ausnahmen gemacht würden, aber es ist unmöglich, z. B. die politischen Vereine abgabefrei zu lassen und die Kirche nicht. Ein Gesetzentwurf zur Besteuerung der Toten Hand wird bereits in den nächsten Tagen das Kabinett beschäftigen und dann der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Abg. **Mumm** (Dnat. Vp.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Herauziehung der Kirche zum Reichsnotopfer.

Abg. **Farwick** (Zentr.): Die Besteuerung der Kirche wäre ein Ausnahmegesetz schlimmster Art.

Nach weiteren Ausführungen wird § 5 unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages angenommen.

Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung.
Schluß 7 Uhr.

Die technischen Hochschulen.

Preußische Landesversammlung.

94. Sitzung. Mittwoch, den 10. Dezember.

Am Ministertisch: **Haenisch.**

Präsident **Leinert** eröffnet die Sitzung 11 Uhr 20 Min.

Kultus-Etat.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Abschnitt „Universitäten und Charitékrankenhaus in Berlin".

Abg. **Lüdemann** (S.): Am Mangel an innerer Festigkeit trägt der moralische Niedergang die Schuld infolge der Absage an das Christentum. (Sehr richtig! im Zentrum, Unruhe und Widerspruch links.) Die soziale Auswertung des Evangeliums gibt ein anderes. (Heiterkeit und Widerspruch links. Stürmisch b. d. Linksch.) Der Aufstieg zu den höheren Wissenschaften läßt sich nicht popularisieren; mit der Volkshochschule ist der Stein der Weisen auch nicht gefunden. Der Minister sollte seine sachkundigen Räte nicht auf Grund parteipolitischer Erwägungen auswählen. (Beifall im Zentrum.)

Minister **Haenisch:**

Im Marburger Fall habe ich beide Parteien gehört und auch mit dem Rektor und den dortigen Behörden die Angelegenheit stundenlang durchgesprochen. Das Urteil über den Studenten Lemmer ist zu hart und der Lage des Falles nicht angemessen. Ich habe seine Löschung verfügt. Maßregelungen sozialistischer Studenten, wie sie der Jenaer Studententag gerügt hat, sind nicht vorgekommen. In einem in Bonn spielenden Fall ist der betreffende Student nicht wegen seiner Gesinnung, sondern wegen einer schweren Beleidigung bestraft worden. Abrigens befand der Jenaer Kongreß zu 9/10 aus Kommunisten und Unabhängigen. Für die Besserstellung der Hochschullehrer werde ich Sorge tragen. Das neue Regime wird sich bewähren, nicht zuschulden kommen lassen wird das alte bei der lex Arons. (Zurufe rechts, Unruhe.) Es ist ein Mißbrauch der akademischen Lehrfreiheit, Einrichtungen des Staates verächtlich zu machen, aber Professor Träger ist noch lange nicht der Schlimmste. Ein anderer Professor hat vor unreifen Schülern gesäußert, der Kultusminister wolle nur, daß die Schüler nichts lernen, damit sie nicht klüger werden als er selbst. (Unruhe und Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß die Mauern des freien Deutschlands von den Polarnnerhöhen der Professoren Träger und Röthe nicht umfallen. (Unruhe und Heiterkeit.) Der neue Staat ist etwas geschichtlich Geworbenes und wird sich durchsetzen. Wissenschaft und Arbeiter müssen sich verbinden, um die Versöhnung anzubahnen. Daran arbeiten wir mit allen Kräften. (Beifall.)

Es folgt der Abschnitt „Technisches Bildungswesen".

Abg. **Lüdemann** (Soz.): Ein akademischer Lehrer muß sich der Verantwortung bewußt sein, die ihm die Aufgabe auferlegt, die Elite des Volkes zu bilden, und muß ängstlich vermeiden, seine Stellung zu unterpolitischen Zwecken zu mißbrauchen. Die Besoldungsreform ist an den Technischen Hochschulen noch dringender als an den Universitäten. Verheiratete Techniker mit einem Kind verdienen nach 15jähriger Tätigkeit beim Materialprüfungsamt monatlich 461 Mark. (Hört, hört! links.) Die Leistungsfähigkeit unserer Industrie beruht zum großen Teil darauf, daß weite Bevölkerungskreise sich durch die technische Mittelschulbildung auf leitende Posten vorbereiten können. (Sehr richtig! links.) Erst wenn der Techniker begriffen hat, daß er selbst nur ein Lohnangestellter ist, wird er die Nöte des Volkes begreifen können. Wir haben jetzt Universitäten, technische, landwirtschaftliche, bergmännische Hochschulen. Die Entfernung von den Universitäten ist bereits zu groß, aber zwischen den übrigen Hochschulen muß eine Vereinheitlichung möglich sein. Das Bindeglied sind die Handelshochschulen.

Abg. Dr. **Haßbender** (Zentr.): Auch auf den technischen Hochschulen macht sich das Spezialistentum störend bemerkbar. Gleichzeitig muß darauf Wert gelegt werden, daß auch die philosophische Bildung aller Angehörigen der technischen Hochschulen nicht wie bisher vernachlässigt wird.

Abg. Dr. **Schloßmann** (Dem.): Die Wissenschaft kennt keine Grenzpfähle. Deshalb lege ich dem Ministerium die Pflege unserer Hochschulen dringend ans Herz. Den technischen Hochschulen müssen gute Kräfte gewonnen und erhalten bleiben. Alles, was die technischen Hochschulen herabsetzt, ist zu beseitigen, sie müssen den Universitäten gleichgestellt werden. Wieder ist an unseren Universitäten erhalten worden, was nicht mehr hineinpaßt in die neue Zeit. Für die Reform unseres Hochschulwesens ist in der Person des Unterstaatssekretärs Becker der richtige Mann gefunden worden. Nicht immer hat der Minister Haenisch einen so glücklichen Griff getan. Der Minister sollte sich seiner Ratgeber auch immer bedienen! Wir begrüßen es, daß eine einheitliche Klasse planmäßiger Professoren geschaffen werden soll. Bewährten Privatdozenten wollen wir ein Mindestfeinkommen sichern. Den Habilitanten muß das Recht auf Eingängung erhalten bleiben: es sind immer ihre Vorschläge einzuholen. Wir verlangen ein weitgehendes Pflichtbewußtsein für unsere akademische Jugend. Das Material ist allerdings häufig ungenügend; nicht nur Begabte studieren, und nicht nur die, die einen inneren Drange folgen. Nachdem die Offizierslaufbahn im alten Sinne weggefallen ist, bleibt eben nur das Studium als standesgemäß; das mißbilligen wir. Jeder Eingriff in die akademische Freiheit wäre unerträglich. Der Fall Arons liegt doch wesentlich anders als die jüngsten Vorfälle; denn Arons hat nie in Politik gemacht. Taktlos ist es, in den Vorlesungen Bemerkungen zu machen, die irgend jemanden von den Hörern verletzen können. (Sehr richtig! links.) Was die Arbeiter auf den Universitäten sollen, wovon Dr. Weyl gesprochen hat, ist mir unverständlich. Freilich hat jeder Fortschritt der Wissenschaft nur Bedeutung, wenn er sozial umgewertet wird. Zweifellos ist, daß der Arbeiter, je kenntnisreicher er wird, sich von den Versprechungen der Unabhängigen abwenden dürfte. (Widerspruch bei den Unabhängigen.)

Abg. Dr. **Klotz** (Dnat.): Die von uns gewünschten Aufwertungen im Staatsdienst hoffen wir auf gesetzlichem Wege erreichen zu können. An Technischen Hochschulen ist mir kein Mißbrauch der akademischen Lehrfreiheit bekannt geworden. Wenn die Studentenschaft an hergebrachten Formen festhält und sich von ihrer Degossierungsbestrebung lossagen läßt, so wird das als reaktionär gescholten. Auch der Arbeiter müßte seinerseits versuchen, die Gedankenwelt des Studenten verstehen zu lernen. Der Revolution fehlt es an Ideen. Daher die Stellung der akademischen Jugend! Wenn der Feind die Auflösung unserer technischen Verfahren verlangt, so ist das eine raffinierte Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, so ist es Raub und Erpressung. (Lebhaftes Sehr Raub und Erpressung. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.)

Unterstaatssekretär Dr. **Becker:** Da die pädagogischen Fragen noch nicht geklärt sind, muß sich die Regierung bei der Reform Zurückhaltung auferlegen.

Abg. Dr. **Went** (U. Soz.): Die Arbeiterklasse hat kein Vertrauen zu einer Koalitionsregierung. Die Professoren und Studenten betätigen sich als Knechte des Kapitals. Unser Kollege Dr. Abderhalden ist ein Opfer der Maßregelung der Halleschen Universität geworden. (Widerspruch.) Arbeiter und Wissenschaft gehören zusammen.

Abg. Dr. **Moldenhauer** (D. Vp.): Es geht zu weit, den Beschluß des Mitbestimmungsrechts bei Prüfungen zu geben. (Sehr richtig! rechts.) Für soziale Aufgaben muß der Student organisiert sein. Dazu empfiehlt sich, die alten Korporationen, die wir erhalten wollen, mit sozialem Geist zu erfüllen. Auch mit der Politik müssen sich unsere Studenten praktisch betätigen.

Donnerstag 11 Uhr Weiterberatung.

Die Beschaffungsbeihilfen.

Der Staatshaushaltsausschuß der Preußischen Landesversammlung hielt in der erneuten Beratung über die Beschaffungsbeihilfen die Karenzzeit aufrecht, d. h. die Beihilfe bekommt nur, wer sich am 3. März bereits im Staatsdienst befand. Es sollen aber auf diese Karenzzeit militärische Dienstzeiten in weitestem Umfange angerechnet werden, und zwar solche in der Reichswehr, bei staatlich anerkannten Sicherheitswehren, Lazarettbehandlungen und Kriegsgefangenschaft. Statt der 18 bis 14 pCt. der Staatsarbeiter, die nach der bisherigen Regelung von der Beschaffungsbeihilfe ausgeschlossen waren, bleiben dann nur noch etwa 2 pCt. übrig, die sie nicht erhalten.

Erhöhte Zuckerpreise.

Im Landwirtschafts-Ausschuß der Landesversammlung wurde der im Plenum bereits ausführlich behandelte Antrag von Kessel (D.-Nat.) auf Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft abgelehnt. In einer Entschließung erklärte sich der Ausschuß im allgemeinen mit den Maßnahmen der Regierung einverstanden; die Preise für das nächste Jahr sind angemessen festgesetzt, selbst die Vertreter großagrarischer Kreise sind mit ihnen zufrieden. Der Ausschuß glaubt aber, daß die Preise für das laufende Wirtschaftsjahr nach anders gestaltet werden müssen, und daß unter der 50proz. Steigerung noch eine weitere Erhöhung des Zuckerpreises eintreten muß.

Mordprozeß Lindner.

München, 10. Dezember.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Verhandlung fuhr man mit der Vernehmung des Zeugen Hincke fort, der noch einmal den Verlauf des Attentates gegen Auer schilderte.

Zeuge Referendar Guttman war auf der rechten Tribüne. Neben ihm stand ein Mann, der in den Saal hineinschoß. Der Zeuge rief ihm zu: Sie sind wohl verrückt. Darauf wurde der Zeuge von diesem Manne mit dem Revolver bedroht. Er duckte sich, weil er glaubte, der Mann wolle auf ihn schießen; der Mann schoß aber in den Saal. Als der Zeuge aufblickte war der Mann verschwunden.

Besonders interessant gestaltet sich die Verhandlung des Landtagsabgeordneten Rechtsanwalts Dr. Süßheim-Nürnberg, eines Führers der Mehrheitssozialisten. Er bekundet: nach der Ermordung Eisners herrschte eine lebhafte Erregung. Ich hatte das Gefühl, daß für Auer Gefahr bestehe. Eisner und Auer waren politisch und persönlich im Gegensatz. Der Gesichtsz Eisners, vom Ministersessen zurückzutreten und die Vermutung, daß Auer sein Nachfolger werden würde, ließ die Befürchtung nahe erscheinen, daß in der Masse das Gerücht verbreitet werden würde, Auer stehe mit der Mordtat in Verbindung. In der Fraktion habe ich daher angeregt, daß man Auer verantlassen sollte, sich nicht zu sehr zu exponieren. Ich habe dann mit Auer die Erklärung verfaßt, die Auer in der Sitzung verlas. Auer war ziemlich zu Ende mit der Verlesung, als ich plötzlich durch einen Schuß unterrichtet gemacht wurde und eine Gestalt erblickte, deren Gesichtszüge ich nicht mehr beschreiben kann. Auer schwankte, ich sprang auf das Podium um ihn zu stützen. Auer war aber inzwischen schon zu Boden gefallen, nachdem er sich an die Brust gepackt und laut aufgeschrien hatte. Um Boden krümmte er sich zusammen. Ich sah dann, daß der Täter weiterschoß und zwar in der Richtung auf uns. Instinktiv duckte ich mich, denn ich glaubte, daß er auf mich ziele. Ich hatte auch das Gefühl, daß ein Geschoß über mich hinweggehe. Kollegen glaubten, daß ich getroffen wäre. Ich bin in gebückter Haltung zum Platz der Abgeordneten zurückgegangen. Auf der Tribüne sah ich eine Gestalt aufgereckt stehen, die hinunterrief:

Das ist die Rache des Proletariats.

Ich hatte auch das Gefühl, daß von der Tribüne geschossen wurde, aber es ist möglich, daß das nur Schüsse des Attentäters waren. Im Saale war. Nach dem Attentat wurde ich auch am Nachmittag für verhaftet erklärt und in das Zimmer des revolutionären Arbeiterrats geführt. Man verweigerte mir in brüskter Weise Aufschluß. Nur dem Gutsbesitzer Sommer, daß ich den Stadtkommandanten Dürr und den damaligen Polizeipräsidenten Steimer traf, habe ich es zu verdanken, daß man mich nach zwanzig Minuten frei ließ mit der Bemerkung, meine Verhaftung sei unbegründet.

Darauf wurde die Verhandlung auf morgen vertagt.

Via Margutta.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Rom, Anfang Dezember.

Gewiß wird manch deutscher Künstler oder Kunstfreund aufhorchen, wenn er diese Ueberschrift liest: Via Margutta. Sonnige Träume der Erinnerung werden in ihm erwachen. An kleine, ironische Höfe, deren Mauern von Blumen und grünen Ranken überschüttet sind. Hie und da antike Steinen, teils zertrümmert in malerischem, vom Alter ergrauten Gemäuer. Terrassenbrüstung und winzig kleinen Treppen und Gänge von einer Tür zur andern, bisweilen ist es eine Pergola, die eine Terrasse mit der andern verbindet. Die Türen sind sehr abgenutzt, ungefügt. Oft nennen einfache Bildtafeln den Namen des Bewohners. Oft wieder drängt dieser Name in nüchternen, mit dem Rohpinsel der Wahrheit gemalten Buchstaben, die den Besucher aus einem Hofwinkel in den andern führen, wie kleine Kobelde, bis sie ihn endlich an die rechte Tür weisen. Am Tage ist es nicht schwer, sich zurechtzufinden. Auf leichtbeschwingten Sohlen gehen Menschen ein und aus. Teils in malerischer Kostümtracht. Alte Männer mit grauen Bärten, schöne Frauen mit dunklen Augen. Oder ein eleganter Jüngling mit fliegender Krawatte. Man braucht nur zu fragen und wird freundlich über Höfe, Treppen und Gärten begleitet. Aber Nachts ist es geheimnisvoll. Nur das Wasser rieselt aus blumenumranften Marmorbrunnen, und die Pinien des Monte Pincio blicken ernst in die stillen Blumengärten, die der Mondschein mit Silberfluten überschüttet.

Das sind die Winkel der kleinen Via Margutta in Rom, wo seit 100 Jahren die Maler und Bildhauer aller Nationen Zuflucht gefunden hatten. Kaum gab es dort ein Haus, an dessen Türschildern nicht ein oder mehrere deutsche Namen zu lesen waren. Wer erinnerte sich nicht gerne jener geselligen Abende nach den heißen Sommertagen, wenn der Wein floß und die Brunnen rauschten. Man war voll von Eindrücken aus Kunst und Natur. Man trank, und die Worte gingen über. Man gedachte der Heimat im fernen Norden. Oder es war nachmittags, während noch die warmen Sommerstrahlen auf den farbigen Bildern und goldenen Rahmen glitzerten. Man trank Tee mit weitbergereisten Damen, Deutschen, Italienerinnen, Engländerinnen, je kunter und abwechslungsreicher, desto besser. Braune Mädchen bedienten. Bisweilen gab es Gesang und Lautenklang. Man lauschte und achtete sich gegenseitig, ob Modell, darbender Künstler oder reicher Lord. Ob jemand von der neuesten Eleganz umgeben war oder in altem Gerümpel wohnte. Nur auf den Wert des Menschen kam es an. Je origineller seine Aufmachung, desto willkommener, ob er nach der neuesten Mode oder abgetragen einherging. Die Hauptsache, daß man sich vom starken Lebensstrom durchdrungen fühlte. Und sie alle kamen in der Via Margutta auf ihre Rechnung: die Künstler und Mäzene, die Modelle und Kunsthändler, die Romanschreiber und — die Fälscher.

Das war die Via Margutta, wie sie in unserer Erinnerung lebt. Zwar ist ihr äußeres Antlitz dasselbe geblieben, aber um so stärker wirkt die Lebensfülle Nüchternheit, die sich darauf niedergelassen hat. Die wenigen noch zurückgebliebenen Modelle hat der Krieg in eine gewisse moderne Eleganz gekleidet. Die und da eines der alten Gesichter, etwas ernstergeworden, oder ein stiller Engländer, der zu seinem Kaffeetisch kürzelt. Der ehemalige same Lebensimpuls braust nicht mehr. Es ist ein mürrisches, lautloses Wesen, das sich dort eingenistet zu haben scheint. Zunächst könnte man denken, die Häuser hätten leer. Alles so rein gefegt und ruhig wie starkerstarrt. Die Lebensbursten deutschen Künstler sind seit Kriegsausbruch fort, ihre Wohnungen sequestriert. Trotzdem fände der Ankömmling in der Via Margutta kein Kämmerchen frei. Jeder Raum von Menschen ausgefüllt. Und es ist für den Zurückkehrenden gerade das Unheimliche, daß man bei keinem der Fremden sieht und hört. Als ob der Geist der Via Margutta gestorben und während des Krieges von dem Totengräber moderner Nüchternheit verscharrt wäre. Auf einem großen Stein saß ich gegen ein Haus gelehnt den alten Vicenzo sitzen. Wer kennt nicht Vicenzo, das berühmte Modell aus Antioli Corrado? Seine Züge waren dunkelbraun wie einst, nur etwas sorgenvoller, sein Bart noch grauer und länger. So saß er in sich versunken, das Haupt in beide Hände gestützt. „Bist Du der Totengräber, Vincenzo?" Ein jugendliches Aufzucken der Erinnerung ging durch seine Züge. Er breitete die Arme aus: „Wie gut, daß ihr Deutschen wiederkehrt!"

Das war ein seltsamer Abend, als ich den ersten deutschen Maler in der Via Margutta wiedersah. Wir saßen alle zusammen um einen großen runden Tisch, die Familie des Künstlers mit ihren drei mittlerweile herangewachsenen Kindern, meine Frau und ich. Bewegen konnte sich niemand von uns, denn die ehemalige Wohnung des Künstlers war von Italienern eingenommen und sein ganzes Mobiliar in dem einen Atelier nebenund aufeinander gestellt! Wie eine gewaltige Rumpelkammer, über der erloschen ein Fenster der einzige Lichtschein, der zu seinem Wohnzimmer des Kriegers Sigismund Lipinsky thronte! War es nicht derselbe Ort, an dem uns das Leben einst in seinen höchsten Hoffnungen vor Augen schwebte? Und nun dieses Chaos, das wieder von neuem geordnet sein wollte, der alte Weg, dessen Spuren nach all den Leiden des Krieges wiedergefunden waren. Ein kleiner Spiegel des großen deutschen Vaterlandes, das alle Hände und allen Lebensmut braucht. Blonde deutsche Kinder, die auf den Trümmern ihres alten römischen Heimes saßen und doch fröhlich spielten, wieder an der Stätte ihrer Erinnerungen zu weilen. Sie hatten ihr benaschenes Spielzeug hervorgeholt und begannen ihre Träume ohne Stocken weiterzuspinnen. Wir Erwachsenen hatten uns viel zu erzählen von überstandenen Leiden, die wir nun erst mit erwachtem Blick zu erkennen meinten. Auch von den noch sehr beschwerlichen Verhältnissen, die wir jetzt im Auslande vorfanden. Aber die Freude ließ sich doch durch nichts bannen. Machte es der wiedergefundene Glaube an die Zukunft, die Flut alter Hoffnungen und Gefühle, die der Ort mit seinen Erinnerungen ausströmte?

Die Nacht war bereits vorgeschritten, als die Kerze zu verlöschen begann und wir mit einem letzten Blick auf die flackernden Schatten der schwer entwirbaren Gegenstände zur Terrasse hinaustraten. Durch das Weinlaub schien der Mond. Er malte seinen Zauber in den kleinen stillen Hof. Und erhaben darüber die Pinien des Monte Pincio, die uns tröstlich zuwinkten: Rom ist nicht an einem Tage erbaut.

Carl Bauer.

Prospekte :: Geschäftsberichte
Spezialität: Massenauflagen

Die Druckerei der Berliner Börsen-Zeitung
Berlin W 8, Kronenstraße 37, empfiehlt sich zur Herstellung von Drucksachen aller Art bei bester Bedienung zu soliden Preisen

Ausführung von privaten und :: geschäftlichen Drucksachen ::

Kunst und Wissenschaft

Vom Podium.

Ein schlechter Wochenanfang: Hannah Buttlar, die Mondäne unter den Regitatorinnen, gab ihrem Programm den Namen „Dichterimpressionisten" und versuchte so, ihren Kabarett-Tönen und Variationen ein literarisches Mäntelchen umzuhängen. Eine Regitatorin ohne feglige Sprachtechnik, ohne Seele, ohne Sinnlichkeit, nur ganz Verzierkeit und gemimte Flach-Erotik, nur ganz konstruierte, nicht einmal raffinierte, sondern aufdringlich dummkoette Akkentarie. Daß sie sich an Dichtern vergriff, mit Schändung, daß sie effektlicher kreischende Stilschädder (ihr Antbos) sprach, ihr gemäß, doch unnötig.

Besonders schmerzhaft macht sich eine derartige Talmikunst, solch geschmacklosen Dilettieren fühlbar, wenn man nicht lange vorher die reife, vornehme Regitationskunst Friedrich Moests wieder einmal genießen durfte. Ein Arthur Schnitzler-Abend, den Moest gab, fordert geradezu zu anregendem Vergleich mit dem vorjährigen Schnitzler-Abend Riemanns heraus. Festgestellt sei, daß Moests Programm im Gegensatz zu Riemanns dem tiefernsten, melancholisch versonnenen, nicht dem bekannten Tändler und Salon-Strindberg Schnitzler war die heitzatmige und doch im künstlerischen Aufbau so klug formulierte, so fesselnd zugespitzte Novelle: „Die Toten schweigen", von feiner, ein wenig grotesker Melancholie, in ein lebensphilosophisches Anatol-Kätchen verklingend „Der Tod des Junggesellen". In Schnitzlers „Ehrentag" gelang es Moest nicht so gut, so gellend, wie vorjährig Riemann, das Tieftragische herauszubringen. Reinkomische Situationen dieser Novelle traten plastischer hervor. Das Vortragskunstwerk altbekannte Feinstilisierung der Form und Urbelebung des Stoffs beherrschten wieder einmal jede Seelenschattierung und Klangnuance der Dichtung.

Auch Elly Reicher, die schon ihren dritten Vortragsabend in dieser Saison gibt, meisterte prächtig ihr modulationsreiches Organ, raste Sprachgalopp in Schillers „Schlacht", formte ebenso packend Klabunds Soldatenlied, wie das Eisenlied Mörikes und seinen leunigen „Kleinen Tambour", gestaltete endlich mit dramatisch sprühender Kraft Jungenfeitz „Alte" und Herders Edward-Ballade.

Elia Rubinstein gelang es gleichfalls, ihre kleine Gemeinde durch ihr wohlklautend dunkel-geöntes Organ und den Feingeschmack, die Klugheit ihrer Wortdurchdringung, stark zu fesseln. Im Erotischen blieb ihre Stärke; gab sie uns im Vorjahre Hart-Japanisches und Nachdenklich-Indisches, so schenkte sie diesmal rumänische Volksweisen, die man sich freilich noch schlichter im Vortrag gewünscht hätte.

In Margarete Walkotte jedoch scheint nicht viel Künstlertum zu schlummern. Ihre Dilettanten-Begabung, die ein wenig tragfähiges und nur im Affekt wirksames Organ leidlich unterstützt, verschwendete sie noch dazu an einen unwürdigen Gegenstand, an die kitschig sentimentale Erzählung, Ernst Hiroowetks „Lene, eine mosurische Vorfrgeschichte". Der spießigen „Kunst" dieser Geschichte entsprach nicht ganz die immerhin kunstwillige Art der Sprecherin, die mir ganz ungebildet oft (trotz N.-Kultivierung) schien, was noch die Hoffnung zuläßt, daß sie eben auch unverbildet noch ist.

Auch Sybil Lane (von der Tribüne), die ihren ersten Vortragsabend unter den modischen Hut „Erotik und Erotik" brachte und chinesische, arabische, indische, persische, japanische und türkische Dichtungen sprach, verfügt noch nicht über ein allzu großes Register künstlerischer Ausdrucksmittel. Sie stimmte das reichhaltige Programm, dessen mnemotechnische Bewältigung immerhin recht anerkennenswert ist, vielleicht allzusehr auf einen einzigen Ton, poinitierte persische Sprachdichtung im gleichen Gefühlstone, wie Tagores sinnvolle Stimmungsmalereien oder die schwüle Erotik des „Knaben Peiaba". Die technisch noch unausgereifte Sprechkunst der Vortragenden hat einer ehrlichen Kritik, als das Publikum sie an den Tag legte, manche Angriffsflächen.

Hans Reimann aber, der groteskhumorreiche, feine Spötter, der anmutig heitere Seelengeräteberer, der mit bannender Grazie und bannendbeschwerender Selbstironie seine eigenen lebensfrohen Dichtungen vorliest, macht einem mit seiner humorvollen Vorweggnahme jeder Kritik das kritische Geschäft weiß Gott recht sauer. Hier liegt der seltene Fall vor, daß Kritiker sich einmal vorm Urteil und Lächeln des Dichters fürchtet. Vor diesem Lächeln, das heller, prickelnder Bubenstreich und sonniger Lebenskunst ebenso voll sein kann, wie bitterster, bohnarrengeller Selbstironie, wie höhnischen, grinsend verkrampften, lachend verzerrten Schmerzes. Nicht nur Humor und Witz prägnantesten Schliffs ist den Novellen, Skizzen, Grotesken Reimanns eigen, auch eine scharf- und raschsinnige Schlagfertigkeit und kunstreiche Geistesgegenwart, die blitzartig zündet. Unter der Schale jedoch der graziösen Form und des liebenswürdigen Humors birgt sich der Kern eines Weltweisen, eines sonnigen Philosophen.

Dr. Erich Drach sprach sinnig ihm wesensverwandte, niederdeutsche Dichter, tauchte Löns, Gorch Fock, Liliencron, Storm in eine leise, vertrauensvolle Schwermut oder in markig-mürbe Germanenlust. Diese niederdeutschen Menschen in ihrer kargen, offenen Art nachzuzeichnen, gelingt ihm völlig. Ihre unerbittlichen, herben, ganz unkomplizierten Leidenschaften vermag er getreu und lebendig nachzuformen, besser, als klassisches, das er im „Brustton" der Überzeugung unnatürlich nachersprach. Überhaupt sind Drachs helle, junge Töne unwidrig frischer als die erkünstelt tiefen, allen.

Zwei beachtenswert gute Tanz-Veranstaltungen beleben die Vortragsmoche. Im Theater des Westens sieht man ein „Russisches Ballett" (unter Leitung von G. Kjakschi), das gute alte Balletkunst mit moderner Technik wieder aufleben läßt. Gut gepflegter Spitzentanz der Primaballerina Iljna in Glazonnoffs „Frühlings Erwachen" und anderen Vorführungen erfreute das Auge. Ganz volkstümlich echtrussische Kunst sah man in einer launigen Tanzkolonne der Iljna und ihres diskret assistierenden Partners G. Kjakschi nach den warmen Klängen eines Balalaika-Orchesters, das russische Volksweisen erstaunlich virtuos hinsäuselte. Neben der Iljna und Kjakschi erwiesen auch andere Ensemble-Mitglieder ihre technische Tüchtigkeit, so die Damen Woltz und Smironina in einem holzschuhigen Holländer-Tanz. Freilich scheint mir bei höchster Pflege reiner Tänzer-Gewandtheit Gestenkultur und mimischer Ausdruck oft ein wenig vernachlässigt.

Reinster Kunstwollen und Streben nach allseitig vollendeter Gliederbeweglichkeit bis zur feinsten, kaum sichtbaren Muskel-Nuance offenbarte die Tanz-Matinee unserer besten orientalischen Tänzerin Seni M'Abela, die einen Salambo, einen wild gesprühten Messer- und einen kunstvoll bauchgelangten Maskentanz mit ebenso reicher Intuition wie unerschöpflicher Gestentechnik (bis zur Fingerspitze) durchpulst. Ihr rauboyelhaftes Ausleben und das weite Ausholen großwürfiger Gebärden läßt sie mir zur tänzerischen Darstellung phantastisch geisterhafter Feen, unheimlich gespenstischer Fabelwesen geeignet erscheinen. Sehnig, gestählt ist ihr an Ausdrucksmöglichkeiten (nicht nur in exotischer Richtung) unendlich reicher Körper, der als ein Ganzes kaum fühlbar wird, nur in unzähligen Gliedern und Gliederchen beweglich schillert. Auch die großgebärdhafte Geste, die besonders in der Entfernung überlebensgroß, urmenschhaft wirkt, ist bei naher Betrachtung flüchtlich aus kleinen und kleinsten Bewegungsteilchen zusammengesetzt. Seni M'Abela tanzt nicht, wie all die vielen unpersönlichen Tänzerinnen, in möglichst verschiedenfarbigen Kostümen, sondern wählt nur ein paar unaufdringliche, ihrer Körpertönung gut angepaßte Farben, die sie immer neu wartet, stets anders wieder auf- und gegeneinander abstimmt.

Das Gegenspiel der M'Abela, die geist- und kunstgeschulte, unbeschwerte Kur-Tänzerin Nonny Johansson, ganz nur Grazie und duftige Anmut, nur freilich das mindestens ebenso starke, wenn nicht stärkere Erlebnis dieser Tanz-Matinee. Wirbeliges, rhythmusprühendes Tanzblut und ein Frohsinn, eine kindliche Keckheit des tänzerischen Ausdrucks, ein rasches, frisch-fröhliches Drauflosgeiger tum, und Feingeschmack der Abstimmung, sind ihr eigen. Jeden einzelnen Takt setzt sie forsch und sicher in Tanzrhythmus um, und deute sie ihn auch nur in einem Kopfnicken an. Willig, in weblich sprunghafter Lieblichkeit, schmiegt sie sich jedem Rhythmus, Mozart und Grieg ebenso, wie Chopin, hingebend weich und trotzig zugleich, an. gt.

Ein Stück von Heinrich Lautensack.

Man schreibt uns aus München:

Solange er lebte, ist dem vornehmlich als Lyriker und Novellist bekannt gewordenen, im vorigen Jahre in Wahnsinn gestorbenen Dichter Heinrich Lautensack der Herzenswunsch, eines seiner Dramen auf dem Theater zu sehen, versagt geblieben. Jetzt hat, den Toten zu ehren, das „Münchner Schauspielhaus" mit dem Vierakter „Das Gelübde" den Versuch gewagt. Dieses Stück behandelt den Konflikt, in den ein Mönch gerät, als seine totgeglaubte Gattin plötzlich erscheint und ihre Rechte geltend macht. Das Kloster entlässt den Mann, aber zwischen ihm und der Gattin steht das Kirchenrecht, das dem Gatten nur die Erfüllung, nicht aber die Forderung der ehelichen Pflicht gestattet. Bruder Felix findet als Graf sich nicht mehr in der Welt zurecht. Als seine Frau, nach Ueberwindung der natürlichen Scham, fordert, was von ihm nicht mehr erbeten werden darf, da erliegt der Graf der anderen Hemmung, der der Eifersucht: Seine Frau, die ein Schiffsunglück am 13. Tage der Hochzeitsreise von ihm trennte, war ja acht Jahre lang wider ihren Willen die Geliebte des Araberscheichs, in deren Hände die vom Meerbod Gerettete gefallen ist. Als einzigen Ausweg aus dem Dilemma bleibt dies: Daß auch die Gräfin den Schleier nimmt und daß aus dem Grafen wieder der Frater Felix wird." Das geschieht denn auch. Bei der Weihe der neuen Nonne aber stürzt der Graf in die Kirche, um, zu spät, sein Gelübde zurückzunehmen. — Diese Handlung, die von tartufiarisch-religiösen Szenen durchwoben ist, erfreut etwas spannungsvoll, und das Bild des Grafen besitzt nicht letzte Plastik. Dennoch und trotz all der dramatisch-technischen Fehler ist der Eindruck der Aufführung der eines großen dichterischen Talents. Das Werk verrät eine reiche Phantasie, starkes menschliches Empfinden und die Fähigkeit, mit großer Wucht dramatisches zu formen und zur Entladung zu bringen. Die Darstellung war unter Direktor Kedelbaus Leitung verständig und einfühlend. Die expressionistischen Dekorationen Paris von Gütersloh wurden — im 4. Akt — auf offener Szene angesichts. Der Beifall war groß und konnte sich am Schlusse im Kampfe gegen die Mißvergnügten behaupten. R. K.

— **Ueber Wanderthealer im Deutschen Reich** macht Prof. Dr. A. Lahmann im Oesterreichischen Stimmen' interessante Angaben. Um den Elende der „Schmieren" zu begegnen, hat man Wanderthealer geschaffen, die jenem Teil des Volkes, das keine Gelegenheit hat, gute Aufführungen guter Stücke zu sehen, den verdeutschen Genuß und das Erlebnis eines echten Theaters geben sollen. Eines der ältesten Wanderthealer dieser Art ist das Märtische, das im Herbst 1907 von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung und von der Schillerthealergesellschaft in Berlin gegründet wurde. Industrielle, Beamte aus der Mark Brandenburg, Volksbildungsfreunde brachten das nötige Aktienkapital — 90 000 Mark — durch Anteilscheine auf. Der Direktor, wie die anderen Angestellten, beziehen festes Gehalt, sodaß der Gewinn dem Theater selbst zerfließt. Diese Wanderthealer sind also keine Geschäftsunternehmung, sondern eine Volksbildungseinrichtung, und als solche auch von den Behörden anerkannt. Gemeinden oder Vereine, die eine oder mehrere Vorstellungen wünschen, müssen dem Theater ein Honorar von 200 Mk. in Orten unter 6000 Einwohnern, von 225 Mk. bzw. 250 Mk. für eine Vorstellung in den über 6000 bzw. 10 000 Einwohnern und die Bereitstellung der Auslagen für Saalmiete, Reklame, Gepäckfuhren u. dgl., die auf 10 bis 40 Mk. für den Abend zu stehen kommen, zusichern. Die Mehreinnahme dient zur Bestreitung der örtlichen Kosten, der Rest wird zwischen Theater und Veranstalter geteilt, Ueberschüsse fließen der Sicherung künftiger Gastspielreisen zu. Dieses Theater, das aufangs mit einer, nach 3½ Jahren aber mit zwei Gruppen tätig war, wurde in kurzer Zeit so beliebt, daß es 24 Vorstellungen in einem Orte während eines Jahres gab. Innerhalb von fünf Spielzeiten brachte es 1400 Stücke in 1296 Orten zur Aufführung, und davon waren 1005 Stücke klassische oder andere Werke ernster literarischer Art. Es ist charakteristisch, daß unter den am häufigsten aufgeführten Stücken sich an erster Stelle Lessings „Minna von Barnhelm" und Schillers „Kabale und Liebe" finden, denen Goethes „Iphigenie auf Tauris" und H. v. Kleists „Der zerbrochene Krug" folgen. Das Theater meldet jede oberflächliche und seichte Theaterkunst. Seine Bedeutung hat man auch in Deutschland erkannt, und im Osten und Westen schufen die großen Volksbildungsorganisationen Wanderthealer, durch die ein neuer Impuls in die kleineren Orte getragen wird.

— **Ein deutsches Thealermuseum.** In Stuttgart hat sich kürzlich unter Beteiligung aller Kreise von Kunst und Wissenschaft eine Gesellschaft „Deutsches Thealermuseum" gebildet, die die Plan verfolgt, nicht nur ein Schaumuseum für Bühnenkunst zu schaffen, sondern gleichzeitig auch eine Stätte der Forschung zu errichten, die dem Bühnenkünstler, dem Technikel, dem Musiker ebenso wie dem Literaturhistoriker die Grundlagen für Forschung und Erkenntnis im modernen Sinne darbieten soll. Wie dem „Literarischen" zu entnehmen ist, wird neben dem historischen Aufbau vor allem museumstechnisch das Theater der Gegenwart durch eine großzügige Schausammlung von Inszenierungsmodellen zur Darstellung kommen. Außerdem denkt man an eine Sammlung von Quellen und Beiträgen lebender Dichter und Musiker, die für die Aufführung ihrer Werke programmatisch wichtig sind. Still man zunächst auch nur die Bühnenkunst der deutschsprachigen Lande in den Mittelpunkt dieser neuen Museumsgründung stellen, so liegt doch die Möglichkeit jedenfalls vor, den Rahmen noch und noch international weitergespannen.

— **Maurice Kufferath †.** Im Alter von 67 Jahren ist der Direktor der Brüsseler Hofoper Maurice Kufferath in Brüssel gestorben. Er hat zum engen Fremdeskreis des Hauses Wahnfried gehört und sich um die Einführung der Wagnerschen Musik in Belgien und Frankreich verdient gemacht. Während des Krieges lebte er in Genf und entfaltete von dort aus eine ungewöhnliche Deutschenhetze.

— **Ein englisches Buch aus dem Brahms-Kreise.** Ein Buch, in dem von dem deutschen Musikleben der Brahms-Zeit eine liebevolle Schilderung entworfen wird, ist soeben in England erschienen. Es sind die Lebenserinnerungen, die die englische Musikschriftstellerin Dr. Ethel Smyth unter dem Titel „Einblicke, die blieben" veröffentlicht hat. Ihrem Musikdrama in Leipzig ist der schönste und ausführlichste Teil des Werkes gewidmet. Mit einer Begeisterung, die jung geblieben ist, berichtet sie von jenen fernen Tagen, da sie die ersten Kenzerte in Deutschland hörte und auf dem Leipziger Konservatorium mit gleichgesinnten Genossen in die Wunder der deutschen Musik eingeführt wurde. Der Held des Buches, in dem sie Aufnahme fand und heimisch wurde, war Brahms. Ueber den Charakter des Meisters schreibt sie: „Ich sah Lauterkeit, Einfachheit, Herzensgüte, Edelmut gegen Widersacher und eine gewisse Vornehmheit der Seele, die in seiner ganzen Musik ausgeprägt ist, aber auf der anderen Seite sah ich Kauzheit, Unfreundlichkeit, eine falsche Einschätzung von Menschen und Dingen, Mangel an Humor und die unvermeidliche berechtigte Selbstsicht eines Mannes, der eine hohe Mission zu erfüllen hat und sich nicht um die Vorgeschichteiten der anderen kümmern kann." Die Verfasserin ist objektiv genug, um auch die Größe Wagners, der in dem Brahms-Kreise so falsch eingeschätzt wurde, zu erkennen, und diese schöne Verbindung von Begeisterung und Objektivität charakterisiert ihr ganzes Buch. Die ausführlich verweilt sie bei Brahms' Verkehr mit dem Ehepaar Herzenberg, das ja bekanntlich Brahms auf das innigste betrauert war, wie aus dem veröffentlichten Briefwechsel hervorgeht. Ethel Smyth war eine Zeitlang Elisabeth von Herzogenbergs intimste Freundin, und sie erzählt die traurige Geschichte ihrer allmählichen Entfremdung und des Bruches, der sie von einander trennte.

— **Kleine Kunstnachrichten.** Das von der Kleist-Stiftung 1919 ausgezeichnete Drama „Das letzte Gericht" von Julius Maria Becker (Verlag S. Fischer, Berlin) gelangt am 17. d. M. unter der Regie des Schauspieldirektors Willy Loehr am Hessischen Landestheater in Darmstadt zur Uraufführung.

Kammersänger Alfred Wolf verläßt nach einjähriger Zugehörigkeit der Weimarer Oper mit Ende dieser Spielzeit.

Wilhelm Bertel, der frühere Direktor des Bielefelder Stadttheaters, ist jetzt aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt, nachdem er als österreichischer Offizierstellvertreter im Juni 1918 in Kordistalien gefangen worden war.

Auch das Württembergische Landestheater in Stuttgart gibt jetzt unter Schriftleitung von Dr. W. v. Scholz eine vierzehntägig erscheinende Theaterzeitschrift als Beilage zu den Tagesprogrammen heraus. Ebenso veröffentlicht die Städtische Bühne in Bonn „Blätter für Bühnenkunst", die von Dr. Friedrich Walthoff geleitet werden.

Der Stadtrat von Rudolstadt beschloß, das Landestheater von der neuen Stadtverwaltung in Übernehmen. Als künstlerischer Leiter wurde der jetzige Oberspielleiter des Rudolstädter Landestheaters, Hahn, berufen.

In der nächsten Zeit werden auch in Trier klassische französische Vorstellungen gegeben.

— **Aus den Theaterbureaus.** Im Opernhause beute 7 Uhr Mar von Schillings „Mona Lisa" unter persönlicher Leitung des Komponisten mit den Damen Bahnig, Markert und den Herren Kirchner, Schützendorf a. G., Knüpfer, Henke, Pfzibilla, Habich und Kraus.

Im Schauspielhause heute 7 Uhr „Minna von Barnhelm" in bekannter Besetzung. Spielleitung Patry. Die Aufführungen von „Wilhelm Tell" am 12., 13. und 14. d. M. beginnen erst um 7 Uhr. Die Rolle des Werner Stauffacher spielt Eduard von Winterstein.

Die Erstaufführung von Hauptmanns Glashüttenmärchen „Und Pippa tanzt" im Deutschen Theater findet voraussichtlich definitiv am nächsten Sonntag statt. Die zum 6. d. M. gelösten Billette behalten Gültigkeit.

Die heute abend 7 Uhr stattfindende Sondervorstellung des Lessing-Theaters für die hungernden Kinder Wiens bringt zwei das Volkstück „Der Pfarrer von Kirchfeld" von Ludwig Anzengruber in folgender Besetzung: Graf von Finsterberg: Victor-Heinz Fuchs, Lux: Julius E. Herrmann, Hell, Pfarrer von Kirchfeld: Theodor Loos, Brigitte: Ilse Grüning, Vetter, Pfarrer von St. Jakob: Emil Lind, Anna Wiesheier: Margarete Sorano, Michel Bernhofer: Alexander Ekert, Thalmüller Loisl: Wilhelm Umminger, Schulmeister von Altötting: Paul Morgan, Der Wirt an der Wegscheid: Ernst Rettler, sein Weib: Jo Hegyi, Hannsl: Poldi Müller, Wurzelsepp: Eugen Klöpfer. Im Ensemble wirken alle Mitglieder des Lessing-Theaters mit, darunter: Alfred Abel, Rudolf Klein-Rogge, Conrad Veidt, Lina Lossen, Grete Felsing, Else Bäck, Maria Hart, Marie Hartmann, Klara Heinich, Ruth Hänsch. Die Klavierbegleitung der folgenden Konzertvorträge übernimmt Bodo Wagner und Carl Clemens hat in Verbindung des Kapellmeisters Schmalstich Kapellmeister Dr. Carl Besl von der Staatsoper übernommen. Der Schluß des Abends wird heitere Vorträge von Tilla Durieux und Paul Morgan bringen.

Im Berliner Theater gelangt morgen die Posse „Kunnemiftnudenen" mit Hilde Wörner, Melitta Alefer, Emil Birron, Julius Brandt, Hermann Picha, Berthold Reisig und der übrigen bekannten Besetzung zum 450. Male zur Aufführung.

— **Irene Triesch** veranstaltet zum Besten der hungernden Kinder in Wien am 29. ds. in der Singakademie einen Vortragsabend mit vollständig neuem Programm.

— **Reß Langer** veranstaltet am 13. d. M. im Meistersaal ihren zweiten lustigen Abend mit neuem Programm: Deutsch, Morgenstern, Dautzenden, Schröder, Schmoll-Cabarin, Alte Moritaten und Bänkelsänge.

— **Valeska Gert** wird am Sonntag, 14. d. M., in der „Tribüne" groteske Tänze tanzen.

— **Die Gemälde-Versteigerung bei Rudolph Lepke** brachte noch weiter hohe Preise für neuere Bilder aus einer Privatsammlung. So wurden für ein großes, figurenreiches Ölgemälde von R. F. Blard „Fisching in Paris" 10 000 Mk., für Arthur Kampfs „Atelier im Zirkus" 5450 Mk., für Charles Hoguets „Straße in einer kleinen normannischen Stadt" 5800 Mark, für Wilhelm Trübners „Kopf einer jungen Frau" 5000 Mk. und für Fritz Hildebrandts „Segelboote am Meeresstrande" ebenfalls 5000 Mk. gezahlt. Von den Bildnissen Franz von Lenbachs ging die Halbfigur einer stehenden jungen Dame, im Jahre 1884 gemalt, für 6500 Mk., ein weibliches Hilfstild in Pastellmalerei aus derselben Zeit für 7000 Mk., ein anderes ähnlicher Art für 7400 Mk. und das ovale Pastellbrustbild einer stehenden Dame mit aufgestütztem Arm für 7800 Mk. fort. Ein figurenreiches Genrebild von F. Bergamini „Unterricht in der Klosterschule" wurde für 4755 Mk., Alex Weises „Hochgebirgslandschaft im Schnee" für 4600 Mk., eine „Norwegische Fjordansicht" von K. Pen für 4400 Mk., Andreas Achenbachs „Fischerboot in starker Brandung" für 4100 Mk. und ein großes Gemälde von Temple „Beethoven, Mozart, Gluck und Haydn in einem Rokokozimmer am Cisla stzend" ebenfalls für 4100 Mk. verkauft. Zwei Gegenstücke von August Kniep „Pfauen, Reiher und Enten in einer Parklandschaft" und „An einem Teeufer" brachten zusammen 4000 Mk., und ebenso wurde eine „Gebirgslandschaft mit Landleuten und Vieh" von B. C. Koekkoek und eine kleine Studie zu dem Bilde „Die spanische Kurie in Antwerpen" von Ferd de Braekeler mit je 4000 Mk. bezahlt. Eine „Dünenlandschaft" von M. Stobogt erzielte 3750 Mk., ein großes Landschaftsgemälde von Themistokles von Eckenbrecher „Am Gerrangerfjord bei Marok" 3600 Mk., Max Kröners „Nottsiß auf einer Waldlichtung" 3150 Mk., eine Hochgebirgslandschaft mit Wasserfällen von Heinrich Heinlein 3100 Mk., Fritz Roberts „Parklandschaft mit Zypressen in Verona" 3000 Mk., Friedrich von Schennis' „Abendstimmung in der römischen Campagna" 2700 Mk., eine „Küstenlandschaft" von Karl Buchholz 2500 Mk., J. Schurrenbergs „Junges Liebespaar unter einem Baum sitzend" 2250 Mk. ein figurenreiches Bild von E. Kämpfer „Preußens Erhebung in Breslau" ebenfalls 2250 Mk. und H. Urbans „Blick auf dem Remisee bei abendbeleuchtung" 2000 Mk. Zwei Stillleben von Thüsbunn, eins mit Vasen und Tassen, ein anderes mit Kamomor und Kupfergefäßen, brachten 2050 bzw. 2000 Mk. und Schlichtings „Am Strand von Ostende zur Abendzeit" ebenfalls 2000 Mk.

— **Ein Domuseum in Bremen.** Im Jahre 1915 ist das große Gebäude der Domgemeinde in Bremen abgebrannt, in dem der Künstlerverein der Stadt seine Bibliothek, seine Lesesammlungs- und Festräume hatte. Den Kern des ganzen Gebäudes, das im Jahre 1565 in romanischen Formen aufgeführt wurde, bildeten der alte Domtreuzgang und ein paar Räume des Domstiftes, in denen noch Reste des mittelalterlichen Mauerwerks zu erkennen waren. Der größte der durch den Brand zerstörten Säle enthielt bedeutende Wandmalereien Arthur Fitzgers. Für den Wiederaufbau dieses zerstörten Gebäudes hat die Domgemeinde unter den Bremer Architekten einen Wettbewerb ausgeschrieben, zu dem nicht weniger als 64 Entwürfe eingelaufen sind. In einem Berichte der „Kunstchronik" lenkt man Schaefer die Aufmerksamkeit darauf, daß hier auch Räume für ein Dommuseum eingerichtet werden sollen. Die lostbaren Skulpturen und Bauteile, die bei der Wiederherstellung des Domes in den 90er Jahren von ihren Stellen losgelöst wurden, liegen nämlich bis jetzt unbeachtet, ungeschützt und schwer zugänglich in der Ostkrypta des Doms. Die reichgeschnitzten Eichenbalkenwangen des ehemaligen Chorgestühls sind in einer ziemlich dunklen Seitenkapelle des Doms aufgestellt. Diese Ueberreste vom Schmuck des alten Doms, die Steinskulpturen, Holzbildwerke und Schnitzwerke des Gestühls bilden aber für die Kunstgeschichte Bremens einen außerordentlich bedeutsamen Besitz, zumal durch den Bildersturm am Ende des 16. Jahrhunderts fast alle mittelalterlichen Kunstwerke Bremens vernichtet worden sind. Für diese Schätze soll nun ein eigenes Museum errichtet werden, und damit würden die Kunstwerke wenigstens endlich der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Über Schaefer weist darauf hin, daß mit der Gründung dieses neuen Museums der Bremer Kunstbesitz noch mehr als bisher bereichert wird. Viel richtiger wäre es, diesen Dombesitz mit den Dingen zu vereinigen, die im Gewerbemuseum den Kern der Sammlungen bilden. In ihrer Gesamtheit würde dieser Besitz, der für den Kunstfreund und die Wissenschaft noch bedeutende Ueberraschungen birgt, einen einbrucksvollen Museumsbestand darstellen, der, durch Erwerbungen aus dem Landgebiet vermehrt, einen stolzen Begriff von Bremens mittelalterlicher Kunst bieten könnte.

— **Ein neuer Rembrandt.** Ein neues Werk von Rembrandt ist, wie H. Schneider in der „Kunstchronik" mitteilt, kürzlich im englischen Kunsthandel aufgetaucht und dann von einer Kunsthandlung Kunsthandlung erworben worden, die das Bild in der diesjährigen Rembrandt-Ausstellung im Haag zum ersten Mal einem größeren Kreise vorführt. Das Gemälde ist ein Meisterwerk Rembrandtischer Naturdarstellung und von seinem charakteristischen Merkmal den Namen „Die Landschaft mit den beiden Brücken" erhalten. Nur wenige Figuren sind in ganz unregelmäßiger Weise angebracht; alle Kraft der Schilderung ist in der unheimlich drohenden Naturstimmung gesammelt, die jene dumpfe Ruhe zeigt, die auf einer Gewitterfelsel, bevor der Sturmwind als Bote eines losbrechenden Gewitters hereinfegt. Eine unheimlich tragische Stimmung geht von dem Bilde aus, besonders von dem dramatischen Kontrast des düster gehaltenen Dunkels zu der vom scharfen Lichtstrahl erhellten Zone, in der sich im rätselhaften Erscheinen, Strömen und Verschwinden eines Baches ein großes Geschehen abspielt. Das Werk gehört zu jener Gruppe von Landschaftsbildern, die Rembrandt um 1640 unter dem Eindruck von Werken des Herkules Seghers malte und die so großartig seine eigene Stimmung widerspiegeln. Wer ihm doch 1640 seine junge verehrte Mutter gestorben und auch zwei Kinder hatte er schon verloren, sodaß dadurch der ergreifende Schmerz zu erklären ist, der aus dem Bilde spricht zugleich mit dem Ahnen eines noch größeren Unglücks: des Todes seiner Gattin, die 1642 starb.

— **Die amerikanische Gefahr für Europas Kunstbesitz.** Das große Gemälde „Atelier", das Courbet im Jahre 1855 für die Weltausstellung bestimmt hatte, das aber von der Jury nicht angenommen wurde, wird heute im Pariser Kunsthandel um die enorme Summe von 900 000 Fr. angeboten, nachdem es im Jahre 1899 für 60 000 Fr. von den Erben des Millionärs Victor Chasseriaux zurückgekauft worden war. In Pariser Kunstkreisen glaubt man, daß auch dieses Meisterwerk den Weg über den Ozean antreten werde, falls es nicht der Louvre erwirbt. So schlägt, nach einer Mitteilung des „Cicerone", nunmehr die französische Presse dem Unterstaatssekretär der Schönen Künste vor, sich auf einer Liste mit einem Staatsbeitrag von 250 000 Fr. als Erster einzutragen. Weitere Mäcene, welche das Bild nicht in amerikanischen Besitze wissen wollten, würden sich dann mit namhaften Beiträgen einfinden.

— **Der Tod eines Dollarkönigs und Kunstsammlers.** Aus New-York wird der Tod des Multimillionärs Henry Clay Frick gemeldet, der der Welt gleich der großartigsten Privatkunstsammlungen der Welt besaß. Verlautete doch erst kürzlich, daß auch der wundervolle Vermeer der Sammlung James Simon von ihm gekauft wurde. Frick, der im 70. Lebensjahr stand, war einer der Mitarbeiter Carnegys und nach diesem einer der führenden Männer des Stahltrusts. Seine Lausbahn begannen hatte er als Angestellter in dem Getreidegeschäft eines Großvaters. Sein Vermögen wird auf 40 Millionen Dollar geschätzt.

Allgemeine Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag:

Trockenes, aber vielfach nebliges, tagsüber aufheiterndes Wetter, bei fortdauernder Kälte.

Ankauf
von bedeutendem
Brillant- und Perlschmuck
zum heutigen hohen Kurs
Margraf & Co G.m.b.H.
Kanonierstr. 9.

Büchertisch.

— „Literarisches Echo", (Verlag Egon Fleischel u. Co., Berlin W 9). 6. Heft des 22. Jahrgangs des „Literarischen Echos" bringt den sachlichen Artikel „Deutsche Weltverbindungen". Dieses Mal stammt nicht Börries, Freiherr von Münchhausen, der Verfasser der fünf vorhergehenden Abhandlungen selbst, sondern Hedda Sauer durchaus das dichterische Wort dieses Autors nach jener Ballade, die der eigentümliche Ausdruck seines Wesens ist, und analysiert dieses Gedicht in der von Münchhausen übervollkommenen Technik. Hedda Sauer kommt zu dem Ergebnis, daß das Gedicht „Dreigelspruch" alles wesentliche münchhausenscher Dichtung in Enthalten scheint. Aus dem weiteren Inhalt des Heftes sein angeführt: „Irene Forbes-Mosse" von Carola Fretin von Crailsheim-Flügel, ein Unterhaltungsroman von E. A. Greeven, dem Verfasser des Novellen-Buches „Das Haus im süßen Winkel" und des Romans „Die letzten Brücken", über den Roman „Die Stadt des Hirns" von Otto Flake; ein Aufsatz von Franz Strunz, „Ein Robinson des Herzens". Er beschäftigt sich mit dem tragisch gestorbenen Karl Jonas Love-Almquist, der sich an dem revolutionären Pantheisten Dietrich „entzündet" hatte. Wer nicht gerade Eilen Key-Bücher gelesen hat, wird kaum etwas von diesem unglücklichen phantasischen Menschen wissen. Im Jahre 1912 hat A. Wenz im Insel-Verlag eine vollständige Ausgabe Almquistischer Arbeiten in seiner Verdeutschung herausgegeben. Wer die schwedische Sprache nicht beherrscht, vermag in der deutschen Übersetzung das entzückende Urlied von Frau Strunz nachzuspüren. Der Almquist pr ist als einer „wunderen U a tiefen Menschen, der es als Dichter, Philosoph, Theologe und Gesellschaftskritiker hoch über seiner Zeit stand. Jungfrau-Schönes sann und schrieb, nur das Gute wollte. erfüllt von einem tiefgemeinten Humanitätsglauben und doch am Leben und an der Sehnsucht zerbrach." Ueber eine weitere bemerkenswerte Erstaufführungen berichtet das „Echo der Bühnen". Die Rubriken „Echo der Zeitungen" und „Echo der Zeitschriften" vervollständigen den Eindruck des Jahrgangs umfassenden Abschnitt. Dazu kommt diesmal unter „Echo des Auslandes" ein spanischer Brief von Martin Brylat und ein französischer Brief von Otto Grautoff. Unter den „Bücherbesprechungen" ist eine Kritik über „Lindendorffs Erinnerungen" von Helmolt zu erwähnen.

Die groß: Schar

unserer elenden Krüppel, Siechen, Idioten, (1000), bittet in diesem Jahre besonders herzlich, ihrer zum Weihnachtsfest in barmherziger Liebe zu gedenken. Gesegnet jede milde Hand! Freundliche Spenden nimmt dankbarst entgegen D. Sv. Bremer, Tuperintendent, Vorstand der Krüppelhäuser, Angerburg Ostpr. (Postscheckkonto Königsb. 2428).

Familiennachrichten.

Verlobt:

Frl. Gertrud Fabie mit Hrn. Kurt von Borries (Gotha), Frl. Charlotte Zucker mit Hrn. Werner Sp (Erfurt). Frl. Charlotte Baum mit Hrn. Curt Kaiser (Berlin). Frl. Friedel Meyer-Wilson mit Hrn. Erich Gerlich (Berlin). Frl. Gertrud Aronsohn mit Hrn. Heinrich Marcuse (Heidenburg).

Verehelicht:

Hr. Max Rededa mit Frl. Elise Tonnies (Berlin). Hr. Heinrich Poppenberg mit Frl. Mary Ottmann (Hebda). Hr. Fritz Schleimer mit Frl. Grete Schneider (Oberhausen). Dr. Alfred Uhlenhaut mit Frl. Lotte Schneider (Oberhausen).

Geboren:

Ein Sohn: Hrn. Ernst Cohn (Charlottenburg). Hrn. J. Hirschfeld (Berlin). Hrn. David Reilinger (Schöneberg). — Eine Tochter: Hrn. Dr. Korach (Charlottenburg). Hrn. Alfred Lewin (Berlin). Hrn. Arthur Glinsberg (Berlin).

Gestorben:

Hr. Henry Humbert (Berlin). Hr. Georg Franke (Berlin). Dr. Johannes Mittiger (Charlottenburg). Dr. Dr. Friedrich Kimmer (Giessen). Hr. Hermann Stern (Wilmersdorf). Hr. Max Grenier (Berlin). Hr. Oskar Lilienweberg (Berlin). Dr. Salli Wolgemuth (Berlin). Dr. Julius Defog (Berlin).

Handelsnachrichten

Kundgebung der Handelskammer gegen das Reichs-Notopfer.

Auf Veranlassung der Berliner Handelskammer fand gestern abend eine machtvolle Kundgebung des Groß-Berliner Handels und der Industrie gegen das geplante Reichs-Notopfer statt. Man sah die führenden Industriellen und Kaufleute Berlins. So waren z. B. die Direktoren sämtlicher Großbanken erschienen. Ferner sah man die Chefs der bedeutendsten Berliner Handelshäuser. Auch Unterstaatssekretär Meyer war anwesend, der frühere Syndikus der Berliner Handelskammer.

Die Kundgebung wurde eingeleitet von dem Präsidenten der Berliner Handelskammer Franz v. Mendelssohn. Er wies darauf hin, daß aus den Kreisen des Handels und der Industrie an das Präsidium der Handelskammer die Aufforderung gerichtet worden sei, die führenden Persönlichkeiten der Groß-Berliner Kaufmannschaft zu einer Kundgebung gegen den Plan des Reichs-Notopfers zusammenzurufen. Das Präsidium der Handelskammer habe nicht leichten Herzens der Aufforderung Folge geleistet, denn es gehörte bisher nicht zu den Gepflogenheiten der Handelskammer, Kundgebungen dieser Art zu veranlassen, und es kann heute weniger als je das Ziel einer ihrer Verantwortung bewußten Körperschaft sein, der mit den ungeheuersten Schwierigkeiten ringenden Reichsleitung Steine in den Weg zu legen. Wenn die Handelskammer dennoch diese Versammlung einberufen hat, so ist es geschehen aus der Erkenntnis heraus, daß durch das Reichs-Notopfer die heutigen Schwierigkeiten nicht vermindert, sondern vermehrt würden, aus der Erkenntnis heraus, daß das Reichsnotopfer unsere kranke Wirtschaft nicht teilen, sondern stark schädigen, vielleicht ertöten würde. Deshalb ist es Pflicht der Kaufmannschaft, die Regierung und die Volksvertretung davon zu überzeugen, daß das Reichsnotopfer fallen muß. Wir sind dabei weit davon entfernt, uns der Lasten entziehen zu wollen, die uns drohen. Wir kennen die Notlage unserer öffentlichen Finanzen und wissen, daß zu deren Abhilfe jedermann bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit mitzuwirken hat. Aber wir wünschen im Interesse des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft, daß die Lasten in einer Weise auferlegt werden, daß sie nicht der gewerblichen Arbeit für die Zukunft ihre Grundlagen und vor allen dem deutschen Kaufmann den Kredit entzieht. Eine Steuerpolitik, die diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt, würde in unseren Kreisen keinen Widerspruch finden.

Die Ausführungen des Präsidenten wurden ergänzt durch den Geheimen Staatsrat a. D. Budde, Direktor der Berliner Hypothekenbank Richard Riehl-Charlottenburg, Dr. Paul v. Schwabach, Mitinhaber des Bankhauses Bleichröder, ferner von Justizrat Dr. Waldschmidt, Direktor der Ludwig Löwe A.-G. und ferner von Herrn Oskar Heimann, Inhaber der Firma Maaßen. Es wurde dann einstimmig eine längere Entschließung gefaßt, in deren letztem Passus es heißt:

„Wir lehnen einstimmig das Reichsnotopfer ab und ersuchen die Handelskammer nach Kräften mitzuhelfen, daß an seiner Stelle Steuergesetze eingeführt werden, durch die dem Reich die erforderlichen Mittel gesichert, zugleich aber Volkswirtschaft und Staat vor dem Zusammenbruch bewahrt werden.“

— **Die Handelskammerwahlen in den Kreisen Teltow und Niederbarnim.** Gestern, Mittwoch, fanden in den Kreisen Teltow und Niederbarnim die Wahlen zur Handelskammer statt. Es wurden gewählt:

In den Gruppen Industrie und Großhandel mit insgesamt 172 gültigen Stimmen: Geheimer Kommerzienrat Konrad v. Borsig, Friedrich Brandes (Karl Schoening G. m. b. H.), Dr. Eberhardt Falkenstein (C. P. Goerz), Adalbert Fischer, Generaldirektor Marc Fuchs (J. D. Riedel), Eugen Garbaty (J. Garbaty-Rosenthal), Dr. Paul de Gruyter (Brest & Co.) Kommerzienrat Fritz Gugenheim (Michels & Co.), Kommerzienrat Georg Haberland, Kommerzienrat Max Hensel, Fritz Huckert, Kommerzienrat Dr. Erich Kunheim, Richard Lehmann, Walter Maul (A.-G. für Anilinfabrikation), Dr. Heinrich Müller (Deutsche Portland-Zementfabrik), Fedor Schweitzer, Erich Spindler, Emil Ziehl.

In der Gruppe Kleinhandel mit 98 gültigen Stimmen wurden gewählt: Emil Elsner, Leo Leß, Hermann Sachse, Oskar Schwiem.

Im Wahlbezirk Groß-Berlin sind somit alle Kandidaten gewählt worden, die von dem Zentralwahlausschuß zur Vorbereitung der Handelskammerwahlen aufgestellt worden sind.

— **Kölner Kurse für Auslandsnoten.** Die Preise für ausländische Zahlungsmittel erfuhren an der Kölner Börse wieder einen namhaften Rückgang. Pfundnoten wurden mit 186 ℳ (192 ℳ), französische Noten mit 435—436 ℳ (450 ℳ), belgische Noten mit 456—460 ℳ (480 ℳ), holländische Noten mit 1890 ℳ (2000 ℳ) und schweizerische Noten mit 930 ℳ (1020 ℳ) bezahlt.

— **Thüringische Landesbank A.-G. in Weimar.** Das Institut übernimmt den Bankverein Schkölen A.-G. nebst Filiale in Eisenberg.

— **Getreide-Kommission A.-G. in Düsseldorf.** In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, zur Verstärkung der Betriebsmittel das Aktienkapital um 1,8 auf 4 Millionen zu erhöhen. Die neuen Aktien, die vom 1. Oktober 1919 an der Dividende teilnehmen, werden den alten Aktionären im Verhältnis von 3 : 2 zum Kurse von 120 % angeboten. Kosten und Stempel trägt die Gesellschaft. Wie die Verwaltung mitteilt, wird Herr Geh. Regierungsrat Dr. Wilms, der bekanntlich aus politischen Gründen seine Stellung als Oberbürgermeister der Stadt Posen nach Besetzung der Stadt durch die Polen niederlegen mußte, nach der voraussichtlich im Januar erfolgten Beendigung seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Deutschen Waffenstillstandskommission in den Vorstand der Getreide-Kommissions-A.-G. eintreten.

— **Die neuen Kohlenpreise.** Auf Grund des Beschlusses des Reichskohlenverbandes Akt.-Ges. vom 28. November ds. Js. und der Entscheidung des Reichswirtschaftsministers sind die Verkaufspreise des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats mit Wirkung vom 1. Dezember 1919 nunmehr wie folgt erhöht: Kohlen allgemein 9 ℳ je Tonne, Nußkohlen 11,40 ℳ je Tonne, Briketts 11 ℳ je Tonne, Koks allgemein 13,50 ℳ je Tonne, Brechkoks I—III 18,50 ℳ je Tonne, Brechkoks IV, Knabbelkoks, Kleinkoks, halb ges. und halb gebr. Koks, Perlkoks 16,50 ℳ je Tonne, Koksgrus 3 ℳ je Tonne, Schlammkohlen, minderwertige Feinkohlen 2 ℳ je Tonne, alles einschließlich jetzt gültiger Kohlen- und Umsatzsteuer. Waschberge und Mittelkohlen erfahren keine Preiserhöhungen.

— **Die Ergebnisse des Steinkohlenbergbaues in Preußen für die ersten drei Vierteljahre 1919.** Im Steinkohlenbergbau wurden in den ersten drei Vierteljahren 292 Werke betrieben (gegen 286 in derselben Zeit des Vorjahres). Die Förderung betrug 81 186 135 to (120 592 675 to), der Absatz belief sich auf 80 675 850 to (122 681 129 to) und Personen wurden 648 861 (566 102) beschäftigt.

— **Die Ergebnisse des Braunkohlenbergbaues in Preußen für die ersten drei Vierteljahre 1919.** An Werken wurden in den ersten drei Vierteljahren 309 (gegen 307 in derselben Zeit des Vorjahres) betrieben. Gefördert wurden 55 721 098 to (65 003 605 to) und abgesetzt 55 720 045 to (65 007 929 to). Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug 99 799 (56 858).

— **Bleichertsche Braunkohlenwerke Neukirchen-Wyhra Akt.-Ges.** Nach dem Geschäftsbericht für das am 30. Juni 1919 abgelaufene Betriebsjahr erzielte das Unternehmen einen Gesamtgewinn von 1 007 250 ℳ (i. V. 891 787 Mark). Hierzu trug der Betriebsüberschuß 995 053 ℳ (875 332 ℳ) bei. Nach Deckung der Unkosten von 266 865 ℳ (146 814 ℳ) und bei Abschreibungen von 455 844 ℳ (454 814 ℳ) verblieb ein Reingewinn von 284 540 ℳ (290 196 ℳ). Aus diesem soll eine Dividende von wieder 7 % auf die Vorzugsaktien und von 6 % auf die Stammaktien gewährt werden. Auf neue Rechnung werden 16 540 ℳ (12 196 ℳ) vorgetragen. Im Bericht führt die Verwaltung aus, daß infolge Einstellung der Arbeit durch einen Teil der Kriegsgefangenen und deren Abtransport ein Teil der Werke so gut wie stillgelegt wurde. Die Ende 1918 erfolgte überstürzte Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zwang im Verein mit den ersterwähnten Umständen die Verwaltung, den Betrieb zeitweise wesentlich einzuschränken und in drei Schichten zu arbeiten. Wenn es auch verhältnismäßig schnell gelang, die freigewordenen Arbeitsplätze der Kriegsgefangener mit einheimischen Arbeitern zu besetzen, so waren doch im weiteren Verlaufe des Geschäftsjahren die früheren Leistungen nicht wieder zu erreichen. Diese Verhältnisse waren beim Wilhelmschacht von noch einschneidenderer Bedeutung. Auf allen Werken mußten entsprechende Abschreibungen vorgenommen und der Reingewinn teilweise für erforderliche Neuerungen zurückgestellt werden. So konnte der Wilhelmschacht zu dem Ergebnis des Betriebsjahres nichts beitragen. In der Bilanz erscheinen Vorräte mit 0,32 (0,27), Schuldner mit 1,43 (0,70) und Gläubiger mit 1,07 (0,81) Mill. Mark.

— **Weitere Stillegungen wegen Kohlenmangels.** Infolge Kohlenmangels mußte die Direktion der Hördeabteilung des Phönix-Hüttenwerkes das Thomas-Werk und das Luxwalzwerk stillegen. — Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, hat die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. in Bochum ihr Hochofenwerk in Mühlheim infolge Kohlenmangels stillegen müssen.

— **Neue Erhöhung der Bleipreise.** Das Kölner Syndikat für gepreßte und gewalzte Bleifabrikate hat die Verkaufspreise gestern abermals um 100 ℳ auf 950 ℳ für den Doppelzentner erhöht, und dementsprechend hat die Rheinisch-Westfälische Bleihändlervereinigung ihre Lagerpreise auf 1015 ℳ heraufgesetzt.

— **Eisenhüttenwerk Thale Aktien-Gesellschaft, Thale am Harz.** In der letzten Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, einer zum 10. Januar 1920 einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöung des Aktienkapitals um nom. 4 500 000 ℳ auf 12 000 000 ℳ zur Beschlußfassung vorzulegen.

— **Preiserhöhung der Aluminiumfabrikate.** Die Vereinigung der Aluminiumgeschirrfabrikanten hat die Verkaufspreise um 25 % erhöht.

— **Alexanderwerk A. von der Nahmer A.-G. in Remscheid.** Wie die „Köln. Ztg.“ hört, ist der Gesellschaft die behördliche Genehmigung zur Ausgabe von 3 Mill. Mark junger Aktien sowie 2 Mill. 4½ %ige hypothekarisch eingetragener zu je 103 % rückzahlbarer Schuldverschreibungen erteilt worden.

— **Aktiengesellschaft für Bergbauliche Arbeiten, Berlin.** Die Gesellschaft, die in diesem Jahre ihren Sitz von Bütgenbach (Bezirk Malmedy) nach Berlin verlegt hat, erzielte in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahr 1918/19 eine Gesamteinnahme von 198 824 ℳ (i. V. 166 533 ℳ). Nach Abzug sämmtlicher Unkosten, sowie nach Abschreibungen von 22 000 ℳ (18 000 ℳ) verbleibt ein Reingewinn von 143 476 ℳ (i. V. 120 455 ℳ), der wie folgt verteilt wird: Reservefonds 6316 ℳ, 6 % Dividende (5 %) = 120 000 ℳ (100 000 ℳ), Vortrag 17 160 ℳ (15 192 ℳ). In der Bilanz werden Beteiligungen mit 900 000 ℳ (870 000 ℳ) ausgewiesen. An Bankguthaben und bar waren 1 206 365 ℳ (1 218 807 ℳ) vorhanden. Die Debitoren erhöhten sich auf 93 599 ℳ (48 773 ℳ), während Kreditoren 31 000 ℳ (24 000 ℳ) fordern.

— **Dorstener Eisengießerei und Maschinenfabrik A.-G. Harvest-Dorsten.** Die Gesellschaft erzielte nach Abschreibungen von 17 325 ℳ (i. V. 45 402 ℳ) einschließlich 22 844 ℳ (18 428 ℳ) Vortrag einen Reingewinn von 81 808 ℳ (156 937 ℳ), aus dem 15 % (30 %) Dividende verteilt werden.

— **C. Heckmann, Akt.-Ges. in Duisburg.** Die Gesellschaft, welche im Vorjahr 8 % Dividende ausschüttete, kann in diesem Jahr eine solche nicht zur Verteilung bringen, wird vielmehr eine kleine Unterbilanz aufweisen.

— **Maschinenfabrik Kappel, Chemnitz.** Einem Bericht der Verwaltung zufolge wird die geschäftliche Lage des Unternehmens trotz des Verlustsaldos in Höhe von über 1 Million von der Verwaltung zuversichtlich beurteilt. Die Zahlung der Kriegsgewinnsteuer mit Kriegsanleihe würde den Verlust um 400 000 ℳ verringern. Aus den eingeleiteten Verhandlungen mit den Gesellschaftsgläubigern in England und Frankreich rechnet die Verwaltung mit einer weiteren Verringerung des Verlustes um 200 000 ℳ. Das Unternehmen ist in allen Abteilungen, ausgenommen Stickmaschinen so stark mit glänzend bezahlten Auslandsaufträgen versehen, daß die Abteilung gezwungen ist, Inlandsaufträge abzulehnen. Der Stickmaschinenbau arbeitet zurzeit auf Lager, doch erwartet die Verwaltung, daß die Nachfrage nach diesem Erzeugnis in einiger Zeit wird einsetzen und daß sich die gemachten Aufwendungen gut verzinsen werden.

— **Die Auslandsaufträge der deutschen Lokomotivfabriken.** Gegen die deutschen Lokomotivfabriken wie auch gegen die Staatsbahnverwaltungen wird das gänzlich unbegründete Gerücht verbreitet, daß die deutschen Fabriken aus Preisrücksichten ausländische Aufträge bevorzugten. Diesem Gerücht wird aus den Kreisen der deutschen Industrie auf das entschiedenste widersprochen. Die deutschen Lokomotivfabriken haben ihre volle Leistungsfähigkeit in den Dienst der deutschen Eisenbahnen gestellt. Das wird nicht dadurch beeinträchtigt, daß zu gleicher Zeit nebenher einige geringe ausländische Aufträge gehen.

— **Landkraftwerke Leipzig Aktiengesellschaft in Kulkwitz.** Nach dem Bericht des Vorstandes für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1918/19 hatte der Betrieb erheblich unter den Erschwerungen, welche die Zeitverhältnisse mit sich brachten, zu leiden. Bei den vorübergehend gegen das Vorjahr noch gesteigerten Ansprüchen an die Leistungsfähigkeit des Kraftwerkes machte sich das Fehlen der der Gesellschaft vertraglich von andere Seite zur Verfügung zu stellenden Reserve empfindlich fühlbar. Infolgedessen ließen sich zeitweilige Einschränkungsmaßnahmen nicht umgehen. Der Stromabsatz stellte sich auf 29 517 640 kWh gegen 32 182 620 kWh im Vorjahre. Demnach ist ein Rückgang um 8,3 % eingetreten. In das Netz abgegeben wurden aus dem Kraftwerk 33 363 530 kWh gegen 38 660 599 kWh im Vorjahre und durch Fremdstrombezug 1 595 230 kWh gegen 1 082 170 kWh im Vorjahre. Der Gesamtanschlußwert ist um 11,2 % von 62 542 kW am 1. Juli 1918 auf 69 523 kW am 30. Juni 1919 gestiegen. Dabei erhöhte sich die Zahl der von der Gesellschaft versorgten Städte auf 30, diejenige der übrigen Ortschaften auf 860. Der durch die Installationsabteilung erzielte Nutzen hat sich trotz der Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung abermals erhöht. Die Leipziger Braunkohlenwerke Aktien-Gesellschaft in Kulkwitz hatten bei einem Rückgang ihrer Förderung eine weitere erhebliche Steigerung der Unkosten zu verzeichnen. Bei der Licht und Kraft G. m. b. H. in Borna ist das letzte Geschäftsjahr nach einer 5 %igen Verzinsung der von den Gesellschaftern gewährten Vorschüsse mit einem Reingewinn von 256 759 ℳ, welcher zur Stärkung der Rücklagen Verwendung gefunden hat, abgeschlossen worden. Der Stromabsatz stellte sich auf 3 451 000 kWh gegen 2 407 000 im Vorjahre. Die Strom- und sonstigen Einnahmen erbrachten 3 383 346 ℳ (i. V. 2 725 314 ℳ). Dazu treten 133 196 Mark (178 812 ℳ) Zinsen und 13 997 ℳ (17 536 ℳ) Vortrag. Nach Abzug sämtlicher Unkosten, sowie nach Berücksichtigung der Lasten- und Tilgungsrücklagen verbleibt ein Gewinn von 36 002 ℳ, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Im Vorjahr wurden aus einem Reingewinn von 707 291 ℳ eine Dividende von 5½ % verteilt. Nach der Bilanz betragen: Material 897 970 ℳ (649 687 Mark), Wertpapiere und Betriligungen 2 949 346 ℳ (2 950 493 ℳ), laufende Forderungen 4 191 638 ℳ (2 849 385 ℳ), Barbestände 159 262 ℳ (185 763 ℳ), und andererseits Kreditoren 1 890 366 ℳ (1 041 864 Mark). Unter den laufenden Forderungen fallen neben den Anzahlungen auf noch nicht abgerechnete Anlagen die Vorschüsse an die Leipziger Braunkohlenwerke mit 707 567 ℳ und das der Licht un dKraft G. m. b. H. in Borna gewährte Darlehen mit 1 680 000 ℳ, ferner unser Guthaben aus den noch nicht beglichenen Stromrechnungen für den Monat Juni d. Js. in das Gewicht.

— **Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A.-G. in Halle a. S. (Esag).** Dem Unternehmen wurde von der Preußischen Staatsregierung das Recht verliehen, zum Bau von vier Hochspannungsleitungen von 100 000 und 60 000 Volt, und zwar: 1. Gröbers b. Halle nach Bleicherode (Südharz), 2. Bitterfeld nach Magdeburg, 3. Eisleben nach Nachterstedt, Crottorf, Wilhelmshall und Halberstadt und 4. Magdeburg nach Stendal und Salzwedel, das erforderliche Grundeigentum, nötigenfalls im Wege der Enteignung, zu erwerben oder, soweit dies ausreicht, mit einer dauernden Beschränkung zu belasten.

— **Elektrizitätswerke Lonza, Aktiengesellschaft in Basel.** Nach dem Bericht des Vorstandes für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1918/19 bedeutet der Uebergang der Kriegs- in die Waffenstillstandszeit für die Industrie der Gesellschaft eine Umstellung, da einerseits die Knappheit der Rohstoffe immer größer wurde und die Verkehrsschwierigkeiten stetig zunahmen, andererseits die fortwährenden Preissteigerungen aller Materialien die Konkurrenz mit den Erzeugnissen jener Länder, deren Valuta im ständigen Niedergang war, mehr und mehr erschwerte. Die Gesellschaft muß damit rechnen, daß sie für einige wichtige Artikel ihre Absatzgebiete ganz oder auf längere Zeit verliert und der Export wesentlich zurückgeht, während sie für ihren inländischen Absatz mit einer allmählichen Zunahme glaubt rechnen zu dürfen. Der Betriebsgewinn ist mit 7,84 Mill. Franken gegenüber dem Vorjahre um 1,23 Millionen Franken zurückgegangen; dagegen haben sich die Erträgnisse des Portefeuilles und der Beteiligungen von 929 252 Fr. auf 992 992 Fr., die verschiedenen Erträgnisse von 597 532 Fr. auf 627 546 Fr. erhöht. Andererseits weisen auch die Generalunkosten eine Erhöhung auf und betragen 2,76 Mill. Franken gegen 2,54 Mill. Franken im Vorjahre. Zinsen haben sich von 1,25 Mill. Franken auf 1,76 Mill. Franken erhöht. Die statutarischen Abschreibungen stellen sich auf 1,04 (1,10) Mill. Franken, während sonstige Abschreibungen in der Höhe von 1 291 764 Fr. (518 208 Fr.) vorgenommen werden; unter letzteren figurieren 695 526 Fr. für Abschreibungen auf Beteiligungen und 173 874 Fr. für solche auf Debitoren. Der Reingewinn von 1 694 973 Fr. (5 148 170 Fr.) soll zur Ausschüttung einer Dividende von 5 % gegen 15 % im Vorjahre verwendet werden; dem Fonds für Arbeitslosenfürsorge werden 200 000 Fr., dem Personalunterstützungsfonds 200 000 Fr. (150 000 Franken) zugewiesen. In der Bilanz erscheint neu das Konto Kassenscheine mit 8 Millionen Franken. Kreditoren haben um 768 310 Fr. abgenommen und sind mit 14,83 Millionen Franken gebucht, wovon 7,79 Mill. Franken (8,27 Mill. Franken) auf Bankschulden fallen. Unter den Aktiven ist zunächst eine beträchtliche Erhöhung des Kontos Grundstücke, Bauten und technische Anlagen von 35,05 Mill. Franken auf 42,25 Mill. Franken festzustellen, wovon 7,88 Mill. Franken auf den Zugang von Bauten und technischen Anlagen entfallen. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen hat der Buchwert der Anlagen gegen das Vorjahr um 5,46 Mill. Franken zugenommen. Die Wasserrechtskonzessionen haben sich durch Erwerb neuer Rechte im Gebiete der oberen Rhone und des Hinterrheins von 518 246 Fr. auf 999 665 Fr. erhöht. Das Portefeuille erscheint mit 7,38 Mill. Franken (7,67 Mill. Franken), das Konto Beteiligungen mit 9,27 Mill. Franken (9,96 Mill. Franken), die Verminderung des letzten Betrages ist auf die Minderbewertung einiger ausländischer Anteile zurückzuführen. Die Lagerbestände im Betrage von 12,45 Mill. Franken (18,60 Mill. Franken) setzen sich zusammen aus 8,84 Mill. Franken Materialvorräten und 3,61 Mill. Franken Vorräte an Produkten. Debitoren stehen mit 4,70 Mill. Franken (4,40 Mill. Franken) zu Buch.

— **Hannoversche Glashütte in Hannover-Hainholz.** Die Gesellschaft schlägt der auf den 30. Dezember einberufenen ordentlichen Generalversammlung auch eine Erhöhung des Grundkapitals um 260 000 ℳ auf 520 000 ℳ vor.

— **August Walther & Söhne A.-G. in Moritzdorf.** Die Gesellschaft schlägt einer außerordentlichen Generalversammlung am 15. Dezember die erstmalige Erhöhung des Grundkapitals um 650 000 ℳ auf 1 500 000 ℳ vor. Die Dividenden der Jahre 1915 bis 1918 betrugen 4, 8, 12 und 15 %.

— **Errichtung einer großen Uhrenglasfabrik.** Der Verband deutscher Uhrmacherinnungen erwarb die Metznersche Chemische Fabrik bei Teuchern zur Errichtung einer großen Uhrenglasfabrik, der einzigen in Deutschland nachdem die in Elsaß bestehende deutsche Uhrenglasfabrik verloren gegangen ist. Hauptlieferantin für Uhrengläser war bisher die französische Schweiz.

— **Uebergang der Gladbacher Textilwerke in belgischen Besitz.** Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, steht die Verwaltung im Begriff, die Majorität des Aktienkapitals in belgische Hände überzuleiten. Das vollbeschäftigte Unternehmen arbeitete im laufenden Jahre besonders lukrativ. Es stelle in der Hauptsache kunstwollene Kleiderstoffe her, die bei der Wollknappheit auch in den Ententeländern stark begehrt werden.

— **Baumwollspinnerei Lengenfeld i. Vogtl.** Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 % fest und erhöhte das Grundkapital um 800 000 ℳ auf 2 000 000 ℳ. Die jungen Aktien übernimmt ein Bankenkonsortium zum Kurse von 100 %, vorbehaltlich der Genehmigung der Regierung, mit der Verpflichtung, sie den alten Aktionären zum Kurse von 103 % im Verhältnis von 2 : 1 anzubieten. Die Aussichten werden günstig beurteilt.

— **Ronneburger Kammgarnweberei Franz Bär & Becker A.-G. i. Liq.** Die Gesellschaft schüttet nunmehr ihre zweite und letzte Liquidationsrate im Betrage von 565 ℳ aus.

— **Deutsche Evaporator-Aktiengesellschaft in Berlin.** Die gestrige außerordentliche Generalversammlung hatte sich mit dem Antrage der Verwaltung auf Erhöhung des Grundkapitals um 2,4 auf 4 Mill. Mark zu beschäftigen. Zur Begründung führte die Verwaltung aus, daß die Gesellschaft einem Ausländer Lizenzgebühren schuldet, welche sich während des Krieges angesammelt haben. Die Lizenzschuld ist in ausländischer Währung zu entrichten und figuriert zum jeweiligen Markkurse in der Bilanz der Gesellschaft (per 31. Dezember 1918 werden außer 820 518 ℳ Bankschulden noch 2 544 036 ℳ sonstige Gläubiger ausgewiesen). Gegenüber der letzten Bilanz ist diese Schuld natürlich noch erheblich gestiegen. Es bietet sich jetzt die Möglichkeit, diese Schuld verhältnismäßig vorteilhaft abzustoßen und gleichzeitig für die Zukunft alle Lizenzverpflichtungen in fremder Valuta zu beseitigen. Zu diesem Zwecke ist aber eine Kapitalserhöhung um den von der Verwaltung vorgeschlagenen Betrag erforderlich. Die Versammlung, in der ein Kapital von 1 478 800 Mark mit 7394 Stimmen vertreten war, genehmigte darauf ohne jede Erörterung die vorgeschlagene Kapitalserhöhung. Die neuen Aktien, die vom 1. Januar 1919 ab an der Dividende teilnehmen, werden von der Nationalbank für Deutschland zu pari mit der Verpflichtung übernommen, sie zu 110 % den Besitzern alter Aktien in der Weise zum Bezuge anzubieten, daß auf je nom. 2000 ℳ alte Aktien je nom. 3000 ℳ neue Aktien entfallen. Die durch die Ausgabe der neuen Aktien entstehenden Kosten trägt die Gesellschaft. Die mit de Kapitalserhöhung im Zusammenhang stehenden Abänderungen des Statuts wurden genehmigt.

— **Tempelhofer Feld, Aktien-Gesellschaft für Grundstücksverwertung.** Nach dem Geschäftsbericht für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr hat trotz der Bauzuschüsse, welche Reich, Staat und Gemeinden für die Neubautätigkeit gewähren, die Bautätigkeit sich in außerordentlich engen Grenzen gehalten. Die Baukosten sind infolge des Materialmangels, der erhöhten Löhne und der verminderten Arbeitsleistung im Berichtsjahre ganz erheblich gestiegen und betragen jetzt das Fünf- bis Sechsfache der Friedenspreise, ohne daß die steigende Tendenz zum endgültigen Stillstand gelangt ist. Da die Baukostenzuschüsse in Groß-Berlin im wesentlichen der gemeinnützigen Bautätigkeit im Flachbau zugeflossen sind, ist eine Wiederaufnahme der Bautätigkeit in dem Arbeitsbereiche der Gesellschaft nicht möglich gewesen. Selbst einige bei Kriegsbeginn angefangene Bauten konnten nicht weiter geführt werden. Die während des Krieges erlassenen Verordnungen zum Schutze der Mieter haben einen weiteren Ausbau erfahren und dazu geführt, daß trotz der Wohnungsnot die Reinerträgnisse der Häuser immer noch keine höheren sind, als vor dem Kriege. Die zugelassenen Mietserhöhungen sind zum Teil nicht einmal ausreichend, um die erhöhten Unkosten zu decken; namentlich trifft dies auf diejenigen Gebäude zu, welche mit Einrichtungen für Warmwasserheizung und Warmwasserversorgung versehen sind. Die niedrigen Kurse für die Staatsanleihen haben andererseits die Erscheinung im Gefolge, daß das Privatpublikum sich der Anlage seines Kapitals in Grundbesitz wieder in erhöhtem Maße zuwendet. Dies hat sich auch im Wirkungskreise der Gesellschaft dadurch bemerkbar gemacht, daß Hypotheken zur Ablösung gelangt und einige Häuser seitens der Unternehmer verkauft worden sind. Die Zinsen und Pachteinnahmen stiegen in 1918/19 auf 119 924 ℳ (i. V. 109 895 ℳ). Andererseits erhöhten sich die Unkosten auf 105 712 ℳ (96 111 ℳ), Steuern erforderten 2124 ℳ (4083 ℳ), sodaß sich ein Reingewinn von 12 088 ℳ (9701 ℳ) ergibt. Hiervon werden 604 ℳ dem Reservefonds überwiesen und 11 484 ℳ vorgetragen. Der Gewinnvortrag erhöht sich daher auf 917 572 ℳ. In der Bilanz haben sich die Hypotheken-Debitoren durch Eingänge um etwa 1 150 000 ℳ auf 5 215 000 ℳ vermindert, wodurch auf der anderen Seite eine Verringerung der Kreditoren auf 2 282 604 ℳ (3 215 170 ℳ) eingetreten ist. Grundstücke stehen mit 8 575 926 ℳ (8 431 374 ℳ) zu Buch. Kassa und Bankguthaben betragen 302 460 ℳ (304 098 ℳ). Die Debitoren erhöhten sich auf 1 655 082 ℳ (1 574 134 ℳ).

— **Germania-Brauerei A.-G. Dortmund.** Nach dem Bericht des Vorstandes für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr erhöhte die Gesellschaft laut Generalversammlungsbeschluß vom 19. Dezember 1918 das Grundkapital um

Erscheint Anfang nächsten Jahres in 11. Auflage

DAS DEUTSCHE BANKIER-BUCH

Herausgegeben von der „Berliner Börsen-Zeitung“, Berlin W 8, Kronenstraße 37

Der Preis des Werkes beträgt ca. 85 Mark

800 000 M für den Erwerb der Aktien der Mülheimer Actien-Brauerei. Die Gesellschaft besitzt die sämtlichen Aktien genannter Brauerei und verbuchte dieselben unter Wertpapiere. Die Uebertragung des Brauerechtes konnte erst gegen Ende des Berichtsjahres durchgeführt werden. Die Einnahmen aus Bier usw. stiegen in 1918/19 auf 1 965 537 M (i. V. 1 037 921 M). Dagegen erforderten Steuern und Abgaben 459 592 M (84 746 M), Löhne, Gehälter und Handlungsunkosten, 860 226 M (588 555 M) und Handlungsunkosten, Versicherung usw. 260 282 M (131 496 M), sodaß nach Abschreibungen von 179 255 M (157 356 Mark) einschl. 124 228 M (120 000 M) Vortrag ein Reingewinn von 420 808 M (395 766 M) verbleibt, der wie folgt verteilt werden soll: Delkrederekonto 30 000 M (wie i. V.), Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds 10 000 M (wie i. V.), Tantieme an den Vorstand und Gratifikation an die kaufmännischen Beamten 17 926 M (14 404 M), 8 % Dividende (i. V. 6 %) = 264 000 M (180 000 M), Tantieme an den Aufsichtsrat 10 616 M (7136 M), Vortrag auf neue Rechnung 57 757 M (124 226 Mark). Nach der Bilanz betragen: Wertpapiere 707 609 M (398 220 M), Kasse und Wechselbestand 267 974 M (243 968 M), Vorräte 580 859 M (231 846 M), Darlehnsforderungen gegen Sicherheit, Laufende Debitoren einschl. Banken und Vorauszahlungen 3 030 685 M (3 290 211 M) und andererseits Passivhypotheken 457 435 M (393 813 M) und Kreditoren 719 977 M (486 628 M).

— **Bierbrauerei Glauchau, Actiengesellschaft.** Der auf der Tagesordnung der ordentlichen Generalversammlung vom 6. cr. stehende Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals um 480 000 Mark auf 1 Million Mark scheint nicht zur Durchführung gekommen zu sein, denn die Gesellschaft beruft nunmehr eine außerordentliche Generalversammlung auf den 30. Dezember ein, zwecks Beschlußfassung über Erhöhung des Grundkapitals um 800 000 M.

— **Brauereigesellschaft zur Sonne vorm. H. Weitz in Speyer.** Dem bereits gemeldeten Abschluß, wonach 5 % (i. V. 4 %) Dividende in Vorschlag gebracht werden, ist aus dem Geschäftsbericht nachzutragen, daß es der Gesellschaft infolge Erwerbung weiterer Malzkontingente und durch Kauf von Bier aus rechtsrheinischen Brauereien möglich war, den Absatz zu steigern. Allen Ansprüchen der Kundschaft konnte trotzdem nicht genügt werden. Die Einnahmen aus Bier und Malzurebern sind von 0,90 auf 1,10 Millionen Mark, die Unkosten von 0,78 auf 1,08 Millionen Mark gestiegen. Die Abschreibungen haben sich von 66 466 M auf 168 406 M fast verdoppelt. In der Bilanz haben sich infolge Verkaufes eines Brauereianwesens sowie der meisten Wirtschaftsanwesen — bei Erhaltung des Bierabsatzes — die gesamten Immobilien von 2,61 auf 1,07 Mill. Mark herabgemindert, belastet mit 0,38 (0,09) Mill. Mark Hypotheken. Den Kreditoren von 255 373 M (194 822 M) stehen von 60 492 M auf 640 196 M erhöhte flüssige Mittel, 137 062 M (112 865 M) Außenstände gegenüber. Darlehen betragen 533 575 Mark (536 970 M), Vorräte sind mit 282 460 M (261 412 M) bewertet.

— **Elbschloß-Brauerei Nienstedten.** Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 7 % fest. Einem Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 250 000 M wurde zugestimmt. Die jungen Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis von 11:1 angeboten werden. Der Vorsitzende teilte dann noch mit, daß infolge techn scher Schwierigkeiten die festgesetzte Dividende erst vom 15. Dezember ab zur Auszahlung gelangt.

— **Zuckerfabrik Stuttgart.** Die Gesellschaft beruft nunmehr ihre ordentliche Generalversammlung, die auch über Erhöhung des Grundkapitals um 3 000 000 M auf 6 000 000 M und über Aenderung des Gesellschaftsvertrages beschließen soll, auf den 12. Dezember ein.

— **Tritonwerke A.-G. vorm. Ferdinand Müller in Hamburg.** Die Verwaltung beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 000 000 Mark auf 4 000 000 M.

— **Erklärung der Kölner Industrie- und Handelsvertretungen.** Die Handelskammer zu Köln, der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln und der Verband Kölner Großfirmen lehnen jede Zusammenarbeit mit dem von einem Herrn Gallasch in Köln gegründeten „Zentralbüro für die Belieferung der westlichen Gebiete bei den Alliierten" ab. Die Handelskammern und freien Interessenvertretungen von Industrie und Handel sind die berufenen Stellen, um die Beteiligung des Rheinlandes an dem Wiederaufbau in die Wege zu leiten, nicht aber private Bureaus, die unter gemeinnütziger Flagge in der Hauptsache den Erwerbszwecken der Leiter dienen. Auch im Hinblick auf die engen Beziehungen, die jenes Bureau mit dem bekannten Dr. Dorten unterhält, muß mit allem Nachdruck erklärt werden, daß Kölner Industrie und Handel sich nicht zum Vorspann derartiger politischer Machenschaften benutzen lassen. Die genannten Verbände fordern daher die ganze Industrie- und Handelswelt ihres Bezirkes auf, sich jeder Verbindung mit dem „Zentralbureau" zu enthalten und sich in allen Wiederaufbaufragen nur an die Handelskammer und ihre Verbände zu wenden.

— **Deutsches Messeamt.** Zu der gestrigen Meldung betreffend die Schaffung eines Deutschen Messeamts wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß an das Reichswirtschaftsministerium zwar von verschiedenen Seiten Wünsche dieser Art gerichtet worden sind, daß man aber noch keineswegs endgültige Stellung dazu genommen habe und von den Vorteilen eines solchen Planes auch noch nicht überzeugt sei.

— **Aufhebung von Zwangsbewirtschaftungen.** Der gestrige „Reichsanzeiger" enthält eine Bekanntmachung über die Aufhebung der Bewirtschaftung von Harz, Terpentinöl, Kienöl Holzpech, Holzteerpech, Holzteer, Holzteröl, Holzöl, Schellack, Gummi-Tragant, Gummi-Mastix, Gummi arabicum, Gummi-Ghatti, Gummi acaroides, Kopale, Carnaubawachs, Japanwachs, Chinesischem Wachs und Harzersatzstoffen. Ferner über die Aufhebung der Bewirtschaftung von Cumaronharz und Festsetzung von Höchstpreisen für Cumaronharz.

— **Der Wirtschaftskursus über China** an der Handels-Hochschule Berlin beginnt heute, Donnerstag, um 7 Uhr abends, mit einem Vortrag des Geheimen Admiralitätsrats Dr. Schrameier über „Wirtschaftsgrundlagen, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik Chinas". Der Kursus ist allgemein zugänglich. Programme und Eintrittskarten werden in der Kasse der Handels-Hochschule Berlin, Spandauer Straße 1, ausgegeben.

Schiffsnachrichten.

— **Spediteur-Verein Herrmann & Theilnehmer, Lübeck.** Angekündigte Dampferfahrten ab Lübeck nach Kopenhagen (mit Umladung nach dänischen Provinzhäfen) 2 bis 3 Dampfer wöchentlich. Malmö, Landskrone, Helsingborg, Halmstad, Worberg, Gothenburg, 2 bis 3 Dampfer wöchentlich. Stockholm, Kalmar Dampfer „Gefion" am 9. 12., „Emdla" am 9. 12., „Odin" am 12. 12. Kristiania" „Bruno Warendorp" am 10. 12., weiter 1—2 Dampfer wöchentlich. Bergen „Tannenberg" ca. 10. 12. Bergen-Haugesund „Normal" am 10. 12. Bergen Stavanger, Aalesund, Christianiasund-N., Drontheim „Kellerser" am 15. bis 18. 12. Helsingfors „Frey" am 11. 12., „Aegir" am 13. 12., „Baltic" am 19. 12. Aebo „Halland" am 18. 12. Königsberg „Gertrud" am 20. 12., „Elos" am 30. 12.

Telegramme.

Frankfurt a. M., 10. Dezember. (Priv.-Tel.) Vor kurzem wurde gemeldet, daß die Koburg-Gothaische Bank A.-G. die seit langen Jahren in ihrem Besitz gewesenen 1,50 Millionen Aktien Röderberg-Brauerei in Frankfurt a. M. etwas über Buchwert verkauft hat. Wie die „Frankfurter Zeitung" nun hört, ist von dem Erwerber der Aktien das Braukontingent, das etwa 20 000 Zentner ausmacht, an eine aus der Schöfferhofbrauerei und Frankfurter Bürgerbrauerei A.-G. und den in Interessengemeinschaft stehenden Brauereien Sternn. Kaempff zusammengesetzte Gruppe übergegangen, wobei ein Erwerb der Immobilien nicht erfolgt.

— **Brüssel,** 10. Dezember. (W. T. B.) Wie die „Brüsseler Gazette" meldet, haben sich die Verhandlungen der **belgischen Regierung,** in **Amerika** eine **Anleihe** zu erhalten, zerschlagen. Das liberale Blatt führt den Abbruch der Verhandlungen auf das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zurück.

Nach Blättermeldungen plant **Belgien** die Ausgabe einer **Prämienanleihe.**

Fremde Börsen.

Frankfurt a. M., 10. Dezember. (Priv.-Tel.) Die Haltung an der Abendbörse war vorwiegend lebhaft bei fester Tendenz. Etwas regere Nachfrage zeigte sich für Schantungbahn, welche auf 525 stiegen. Stärkere Nachfrage zeigte sich für Deutsch-Uebersee Elektrizität, welche 22 % anzogen auf 757. Lebhafte Umsätze vollzogen sich ferner in Deutsche Erdöl, welche 600 — 625 — 617, Deutsche Petroleum mit 483 gehandelt wurden. Montanpapiere konnten sich behaupten. Phönix 280½. Dividende 8 %. Unter den ausländischen Papieren stellten sich 5 %ige Tehuantepec 4½ % höher auf 304½. 5 %ige Silbermexikaner 3 % auf 308. Dagegen gingen gegen den gestrigen Abendkurs 3 %ige Saloniki-Monastir 20 % zurück auf 125. Von Industriepapieren wurden schwächer Scheideanstalt mit 500, Badische Zucker höher 350, ferner Deutsch-Asiatische Bank 515. Deutsch-Uebersee-Bank wurden 13½ % höher rationiert mit 374½. Ohio unverändert 319. South West 488 niedriger. Julius Sichel fest 1260 bis 1270. Kriegsanleihe 77½ %.

Wien, 10. Dezember. (W. T. B.) Die weitere Verschlechterung des Zürcher Kronenkurses wirkte an der Börse erneut in einer starken Steigerung der Kurse, doch äußerte sich die Aufwärtsbewegung wegen der kommenden Versorgung weniger stürmisch als bisher. In der Kulisse standen nur Skoda- und Kruppaktien dauernd in lebhafter Nachfrage, wogegen Alpine- und Staatsbahnaktien infolge Realisationen rückgängig waren. Im Schranken war die Kursbewegung in ihrem Ausmaß nach unten und oben beträchtlich. Schiffahrts- und Nordbahnaktien stiegen weiter.

Wien. 10. Dezember. (W. T. B.) (Börsen-Notierungen.)	9.	10.
Türkische Lose	1290	1310
Orientbahn	—	—
Staatsbahn	3750	3740
Südbahn	250	254
Oesterreichische Credit	1049	1062
Ungarische Credit	1299	1358
Anglobank	758	731
Unionbank	808	805
Bankverein	748	754
Länderbank	1155	1158
Tabakaktien	—	—
Alpine Montan	3215	3185
Prager Eisen	5650	6500
Rima Muranyer	2630	2600
Skoda-Werke	1571	1705
Salgo Kohlen	2740	2775
Brüxer Kohlen	4800	4755
Galizia	18200	18950
Waffen	3150	3180
Lloyd-Aktien	—	—
Poldi-Hütte	1995	2000
Daimler	1230	1250
Oesterreichische Goldrente	163	174
Oesterreichische Kronenrente	—	83
Februar-Rente	91	99
Mairente	—	88,25
Ungarische Goldrente	239	240
Ungarische Kronenrente	100	100

Wien, 10. Dezember. (W. T. B.) Notierungen der Devisenzentrale.

	9.	10.
Berlin	352,00	352,00
Amsterdam	5475,00	5775,00
Zürich	2725,00	2875,00
Kopenhagen	3265,00	3265,00
Stockholm	3500,00	3530,00
Kristiania	3400,00	3400,00
Marknoten	351,00	351,00

Prag, 10. Dezember. (W. T. B.) Notierungen der Devisenzentrale.

	9.	10.
Berlin	119,00	118,00
Marknoten	116,00	115,00
Wien	34,00	34,00

Zürich. 10. Dezember. (Priv.-Tel.) Amtliche Notierungen der Devisen-Zentrale.

	9.	10.
Berlin	9,60	10,40
Wien	2,70	3,00
Prag	8,00	9,00
Holland	197,00	200,00
New-York	515,00	510,00
London	19,18	19,30
Paris	44,00	44,40
Italien	38,00	38,80
Brüssel	46,00	48,00
Kopenhagen	97,00	100,00
Stockholm	108,00	109,00
Kristiania	100,00	102,00
Petersburg	—	—
Madrid	100,00	101,00
Buenos Aires	217,00	221,00

London, 9. Dezember. (W. T. B.)

	6.	9.
Privatdiskont	5⅝	5⅝
Silber loko	74	75
do. auf Lieferung	72¼	73⅝
Wechsel auf Deutschland	178,50	179,00
do. auf Amsterdam kurz	10,23	10,06
do. auf Paris 3 Monate	41,38	40,03
do. auf Brüssel	38,93	42,15

London, 9. Dezember. (W. T. B.)

	8.	9.
2½ % Englische Konsols	55⅜	50⅛
5 % Argentinier von 1886	89	88
4 % Brasilianer von 1889	51	51
4 % Japaner von 1899	63	63
3 % Portugiesen	48	48
5 % Russen von 1906	28	28⅛
4½ % Russen von 1909	22	22
Baltimore and Ohio	42	41
Canadian Pacific	178	178
Erie	18	18
National Railways of Mexico	7	7½
Pennsylvania	—	52
Southern Pacific	—	134
Union Pacific	159	160
United States Steel Corporation	133	133
Rio Tinto	45	42½
Chartered	22,0	20,3
De Beers	29¼	28½
Goldfields	2	1 15/16
Randmines	8⅞	1 9/16
3½ % Kriegsanleihe	—	74½
4 % Siegesanleihe	—	80½

New-York, 9. Dezember. (W. T. B.) Berichtigung.

	8.	9.
Geldsätze	5½—6 %	11—12 %
Wechsel a. London 60 Tage Sicht	3,80	3,70
do. do. Cable Transf.	3,8000	3,8000
do. auf Paris auf Sicht	11,00	11,50
do. Berlin do.	2⅛	1⅞
Silber in Barren	132½	131
Atchison, Topeka & Santa Fé	85¼	85
Baltimore & Ohio	32½	32¼
Canadian Pacific	138¼	137½
Chesapeake & Ohio	56¼	56½
Chicago, Milwaukee & St. Paul	37½	37¼
Denver Rio Grande	8	7½
Erie Railroad	14	13⅞
do. do. I. pref.	21	20¾
Illinois Central	89¼	89⅞
Lehigh Valley	42½	—
Louisville & Nashville	112¾	110
Missouri, Kansas & Texas	10	9¾
Missouri Pacific	25½	25¼
Nat. Railw. of Mexico 2nd. pref.	5	4¾
New-York Central & Huds. Riv.	70	69¼
New-York, Ontario & Western	57	57
Norfolk & Western	99¾	99
Pennsylvania	41⅜	41½
Reading	77¼	76¾
Southern Railway	22	22¼
do. do. pref.	59	58½
Southern Pacific	63⅛	163½
Union Pacific	124¾	124¼
do. do. pref.	67¼	66½
Wabash pref.	24¼	24
Smelting Refining	66	65¾
International Mercantile	57⅝	49⅞
Anaconda Copper Mining	59	57⅞
United States Steel Corp.	101⅝	103¼
do. do. pref.	112⅞	113½

Gerichtssaal

Millionenschiebungen mit städtischen Lebensmitteln.

In die Welt des großstädtischen Schieberthums mit allen seinen widerlichen Nebenerscheinungen leuchtet ein Prozeß hinein, der seit mehreren Tagen die 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bernau beschäftigt. Die auf Diebstahl, Unterschlagung, einfache und gewerbsmäßige Hehlerei lautende Anklage richtet sich gegen folgende Personen: den städtischen Hafeninspektor Wilhelm Schwabe, den städtischen Hafenmeister Hermann Seering, den Dreher Alfred Baber und den Fuhrmann Otto Küther. Letzterer, der schon mehrfach wegen Diebstahls und Hehlerei vorbestraft ist, fungierte als Chauffeur. Die Angeklagten werden beschuldigt, aus dem städtischen Lager am Ostbahnhof, wo Schwabe und Seering beschäftigt waren, in den Jahren 1917—18 1000 Zentner Weizenmehl und Maisgries, 200 Zentner Reis und 900 Zentner Erbsen, welche für die städtische Wasserversorgung bestimmt waren, entwendet und zu Wucherpreisen verschoben zu haben.

Am 27. Juli 1917 wurden den Daimler Werken in Marienfelde 600 Zentner Reis für 129 000 Mark angeboten und von diesen gekauft. Als ein Teil der Ware abgeladen wurde, erschien die Polizei und beschlagnahmte den Reis. 35 Zentner wurden der Gemeinde Marienfelde überlassen, während 65 Zentner nach dem Ostbahnhof zurückgingen. Hierdurch wurde die Polizei aufmerksam und nach und nach wurde folgendes ermittelt: Ein Teil des Weizenmehls und des Maisgries war durch Vermittlung des vorbestraften Küther und einer Kaffetier Heyl aus Spandau an die „Helios Werke" verschoben. Der Inhaber dieser Firma, der später die Bezeichnung „Werke" behördlich verboten wurde, ein früherer Handlungsgehilfe Helmuth Köppe, ließ aus dem Mehl, wie die Anklage behauptet, unter Zusatz von Farbe und Aroma sog. Puddingpulver herstellen und soll damit Millionen verdient haben. — Im Juli 1917 wurde der Kaufmann Wiesenthal mit dem Angeklagten Baber, der sich „Schulz" nannte, bekannt, der ihm 400 Zentner Erbsen anbot. Der Kauf kam zustande und der Vater des Baber, der als „Schiffer Krüger" auftrat, nahm als erste Rate von M. 65 000 Bar entgegen. Ein Agent Grünstein, der sich auch Herbst nennt, vermittelte hierbei durch ein einfaches Telephongespräch 20000 Mark Provision. Die Erbsen wurden dann von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik zu hohen Preisen gekauft. Im August wurden Wiesenthal weitere 500 Zentner Erbsen angeboten und von diesen gekauft, der insgesamt 105 000 Mk. gezahlt haben will. Grünstein verdiente dabei 50000 Mk. Provision. — Wie die Anklage weiter behauptet, soll Schwabe, der ein Einkommen von 400 Mk. als Hafeninspektor bezog, mit den Tausendmarkscheinen nur so um sich geworfen, eine teure Jagd gepachtet und sich ebenso wie Seering sogar ein Haus gekauft haben. Selbst der vielfach vorbestrafte Küther schaffte sich eine Equipage und Pferde an.

Vor Gericht bestreiten die Angeklagten, daß es sich um städtische Güter gehandelt habe. Von den Rechtsanwälten Dr. Schwindt, Arthur Schulz, Justizrat Dr. Weritzbauer und Dr. Coßmann wird ein Beweis nach der Richtung hin angetreten, daß es sich tatsächlich um von den Angeklagten auf eigene Rechnung erworbene Schieberwaren handele, welche lediglich, um sie dem Zugriff des Kriegswucheramts zu entziehen, nach dem städtischen Speicher am Ostbahnhof geleitet worden seien. — Zu der Verhandlung sind über 70 Zeugen geladen. Wir werden über den weiteren Verlauf des Prozesses berichten.

Büchertisch.

Ein Frühvollendeter.

Otto Braun. Aus nachgelassenen Schriften eines Frühvollendeten. Herausgegeben von Julie Vogelstein. (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart und Berlin.)

Nur mit tiefer Erschütterung, nicht nur in diesem Buche lesen. Ein Genie gleich dem jungen Goethe war und geschenkt, ohne daß wir's ahnten, und wir erkennen die großen Hoffnungen, die uns mit ihm beschieden schienen, erst in dem Augenblick, da sie zu dem ungeheuren Unglück Deutschlands zerschellen. Goethe? Vielleicht ein Bismarck! Denn das ist das Bezeichnende an diesem Jüngling, daß er auf seine berrlichen Gaben schon in ganz frühen Jahren nach dem Ziele Vaterland — Staat orientiert.

Es wäre falsch, Otto Braun, den Sohn der Lilly Braun, etwa ein Wunderkind zu nennen. Er selbst legt gegen diese Bezeichnung Verwahrung ein, indem er — als Dreizehnjähriger! — einem Freunde schreibt: „Das ist ganz und gar nicht der Fall. Wunderkinder sind in unnatürlicher Treibhausluft gezogene Wesen, die rasch emporsteigen, rascher verblühen und vergessen werden." Nein, gerade deshalb paßt der Vergleich mit Goethe, weil Otto Braun sich zwar unbegreiflich früh, aber immerhin harmonisch entwickelt hat. Für den Inhalt auf Bismarck finden wir auch schon bei dem Dreizehnjährigen (sogar Zwölfjährigen) einen besonderen Beweis in einem Briefe, mit dem er seinem Freunde für sein Verhalten in der Schule eine Diplomatie vorschlägt, die uns der reifsten Lebensweisheit nicht besser geschöpft werden könnte.

Als der Knabe 12 Jahre alt war, machte der Verfasser des bekannten Schriftchens „Sonderschulen für hervorragend Befähigte" eine ausführliche, aus heißem Herzen gequollene, mit Belegen reichlich versehene Eingabe an das Kultusministerium, in der er bat, ihn für einige Jahre von einem Teile seines pflichtmäßigen Unterrichts am Königlichen Gymnasium zu befreien, damit er sich der Erziehung dieses Kindes widmen könne, das von Geburt ein Dichter und Denker, zu sehr großen Hoffnungen berechtigt" und das „in seiner unserer sicheren Schulen eine feinere Auslegen entsprechende Bildungsstätte finden kann." Wie ein Scheinwerfer beleuchtet das Schicksal dieses Gesuches einen der Gründe unseres entsetzlichen Zusammenbruchs: die mandarinenhafte Erstarrung unserer Bureaukratie und unserer Jugenderziehung. Noch mehr als drei Monate eröffnete der Königl. Provinzial-Schulkollegium dem Antragsteller, daß der Herr Minister es beauftragt habe, ihm auf seine „bescheidene Eingabe entschieden ablehnend zu bescheiden".

Die Eingabe brauche bloß hier abgedruckt zu werden, um dem Leser eine Vorstellung davon zu geben, wie die Wetterwahrheitsgabe des jungen Edelsängerlings auf unbeteiligte Beobachter wirkte. Aber es wäre doch nicht das Richtige. Denn alles Reden über Otto Braun kann nicht im entferntesten die Eigigartigkeit seiner Erscheinung so zum Bewußtsein bringen, wie die unmittelbare Bekanntschaft mit ihm selbst durch das Lesen seiner Niederschriften (Tagebuchblätter, Briefe, Gedichte) es kann nur unsere Aufgabe sein, eindringlich auf die Sammlung dieser ungewöhnlichen Dokumente hinzuweisen.

Noch nicht einundzwanzigjährig, ist Otto Braun im April 1918 als Leutnant bei Marcelave im Nordosten Frankreichs gefallen. Da man nach der ganzen methodischen und, wie schon gesagt, harmonischen Art seiner Entwickelung erwarten darf, daß seine mit den größten Beispielen der Vergangenheit vergleichbare Begabung zu voller Reife gediehen wäre, so muß man in tiefer vaterländischer Trauer sagen, daß sein Tod dem Werdende einer Provinz gleichzuachten ist. Was der Jüngling selbst in einer Tagebuchaufzeichnung einmal im Beziehung auf den Briefwechsel von Goethe und Schiller) sagt, gilt für ihn und sein Werk: „Das Ganze wirkt wie ein Wunder und kann einen bis zu Tränen rühren."

A. R.

BANCO HISPANO-AUSTRO-HUNGARO S. A.
(Spanisch-österreichisch-ungarische Bank A.-G.)
Zentrale: MADRID, Gran Via 24
Filiale: BARCELONA, Caspe 12
Telegramm-Adresse: HISTROGARO
Durchführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.
Korrespondenten:
Wiener Bank-Verein, Wien,
und dessen sämtliche Zweigniederlassungen.
Pester Ungarische Commerzialbank Budapest,
und deren sämtliche Zweigniederlassungen.
Dresdner Bank, Berlin,
und deren sämtliche Zweigniederlassungen.
Nationalbank für Deutschland, Berlin.
(2844-50)12

Gemälde-Galerie Gelb
Potsdamer Str. 27 gegenüber Lenke
Am Lützow Ufer
Gute Originale. Reelle Preise.
Ab 17. November (2256-60)4
Kollektion — Max Liebermann — Berlin
Kollektion — Gustav Fenkohl — Berlin

Achtung! Achtung!
Das schönste Weihnachtsgeschenk
ist und bleibt ein Glückslos der
Charlottenburger Lotterie.
Ziehung am 17. und 18. Dezember 1919.
2141 Gewinne und 1 Prämie.
Gewinnkapital M. 75000
Höchstgewinn Mk. 50000
Prämie Mk. 40000
Hauptgewinne „ 10000
5000
1000 usw.
Lose zum Preise von Mk. 3.00 inkl. Porto und Gewinnliste gegen Voreinsendung und Nachnahme durch die Zentrale (21901-03)3
Karl Meier
Hamburg, Landwehrdamm 18.

2-300 000 M. Hypothekengelder
im ganzen oder getrennt auf gut fundiertes Industrieunternehmen in größerer Stadt an zweiter Stelle innerhalb 50 % der Friedenswert-Taxe für sofort oder später gesucht.
Angebote nur von Selbstgebern mit Angabe des Zinsfußes unter J. G. 12834 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19. (21614)

Routinierter Bankklassierer, (neu)
30 J., ledig, z. Zt. bei Großbank als Depositenkassen-Mitleiter, in allen bankfach. Transaktionen einwandfrei bestätigt, mit besten Referenzen, sucht sich baldmöglichst zu verändern. Eventuell ist geeigneter Posten erwünscht in Industrie, Handel oder im Wiederaufbaugebiet. Werte Angebote erbeten unter L. 598 Exped. dies. Zeitung.

Privat-Tanz-Schule
Frau Oberlt. Sommer.
Erstklassiger Unterricht in allen modernen Tänzen in Zirkeln u. Einzelstunden.
Anmeldung wochentäglich 4—6 Kaiserstr. 19.
Telefon: Platzburg 2598.